Corona und die kommende Wirtschaftskrise – eine Analyse

REVOLUTION Österreich

Die Corona-Gesundheitskrise bedroht nicht nur den Alltag, sondern das Leben von Millionen Menschen weltweit. Die weitgehenden Quarantänemaßnahmen bedeuten auch einen Zusammenbruch der weltweiten Produktion. Wir stehen am Beginn einer Wirtschaftskrise, die höchstwahrscheinlich noch schlimmer sein wird als die nach 2008. Wenn es nach den Politiker_Innen und Bossen geht, werden die Kosten auf uns Arbeiter_Innen, Unterdrückte und Jugendliche abgewälzt werden. Das müssen wir verhindern!

In den vergangenen zwei Wochen haben in Österreich 200.000 Menschen ihren Job verloren, nochmal 250.000 sind in Kurzarbeit. In den USA haben sich in der Zeit sogar 10 Millionen arbeitslos gemeldet. In beiden Ländern sind prekär Beschäftigte und Scheinselbstständige (zum Beispiel Uber-Fahrer_Innen oder 24-Stunden-Pfleger_Innen) gar nicht mitgerechnet. Das kapitalistische Wirtschaftssystem lebt davon, dass Arbeiter_Innen produzieren und für Profit ausgebeutet werden. Wenn sie zuhause bleiben, wackelt das ganze System.

Krisen zeigen, wie das System läuft

Es ist offensichtlich, dass die Corona-Pandemie in vielen Ländern eine schwere Gesundheitskrise ausgelöst hat. Nicht nur verbreitet sich das Virus sehr schnell und stellt eine echte Lebensgefahr dar, die Auswirkungen drohen auch die Gesundheitssysteme an ihre Kapazitätsgrenzen zu bringen. In Norditalien ist das beispielweise schon passiert – viele Patient_Innen konnten nicht mehr versorgt werden. Diese Krise zeigt schmerzhaft klar auf, was im Gesundheitssystem schon seit Jahren schiefläuft, Einsparungen, Privatisierungen und zu wenige Pfleger_Innen und Ärzt_Innen.

Eine Krise ist immer ein Moment, wo die Entscheidungsträger_Innen nicht

mehr so weiter machen können wie bisher. Wenn sie sich weiter an die bisherigen Regeln, Strukturen, und so weiter halten, produziert das System nicht die Ergebnisse, die man eigentlich möchte. Zum Beispiel, dass Menschen an heilbaren Krankheiten sterben, weil keine Betten frei sind. In einer Krise ist es deshalb besonders einfach zu verstehen, wie ein System wirklich funktioniert. Unter anderem, weil die blödsinnigen Versprechen von ewigem Wachstum oder gerechter Verteilung wegfallen. Aber auch, weil wir sehen können was für Auswirkungen es hat, wenn ein „Rädchen" sich nicht mehr weiterdreht.

Die Wirtschaftskrise, die jetzt schon begonnen hat, ist von den Auswirkungen der Gesundheitskrise *ausgelöst* worden. Die *Gründe* sind aber vielfältig, haben ursprünglich nichts mit Corona zu tun und hatten sich schon länger angekündigt. Im Grund genommen kann man sagen, dass (1) ein kurzfristiger Zusammenbruch von Produktion und Nachfrage auf (2) seit längerem eskalierende internationale Spannungen und Handelskriege, (3) eine seit Jahren fallende Profitrate bei Güterproduktion und Dienstleistungen und (4) zwei riesige „Blasen" auf den Finanzmärkten trifft.

Produktion, Reproduktion und Verteilung im Kapitalismus

Eine kapitalistische Krise bedeutet immer einen zeitweisen Zusammenbruch des Kapitalkreislaufs. Die kapitalistische Warenproduktion funktioniert so, dass Arbeiter_Innen in der Produktion bereits bestehende Waren (zum Beispiel Rohmaterialien oder Zwischenprodukte) physisch verändern, also andere Waren daraus machen – „weiterverarbeiten". Dazu verwenden sie Werkzeuge und Maschinen, so genanntes fixes Kapital, das von den Kapitalist_Innen zur Verfügung gestellt wird.

Das Produkt ihrer Arbeit gehört aber den Kapitalist_Innen, die sie dann auf dem Markt verkaufen und den Erlös behalten. Der Unterschied zwischen Erlös und Fixkosten ist der in Geld ausgedrückte Unterschied zwischen Materialien und Produkt. Also wird zum Beispiel für die Produktion von Schrauben ein gewisser Betrag an Fixkosten (Maschinen, Rohstoffe, etc.) benötigt und nach dem Verkauf der Schrauben wird hoffentlich ein höherer

Betrag, der Erlös, eingenommen. Dieser Unterschied entspricht dem Ausmaß an menschlicher Arbeit im Produktionsprozess, und teilt sich auf in Löhne und Profite. Profite entsprechen also dem Anteil unbezahlter, vom Lohn nicht abgedeckter Arbeit – mit anderen Worten ist der von den Arbeiter_Innen unbezahlt produzierte Mehrwert essentielle Grundlage des Profits. Dieselbe Logik gilt bei Dienstleistungen. Auch hier fußt der Profit darauf, dass die vollbrachte Arbeit mehr Wert schafft als der ausbezahlte Lohn ausdrückt. Der Unterschied zur Warenproduktion ist im Wesentlichen nur ein zeitlicher. Während bei Waren der Verkauf und die Realisierung des Kaufpreises erst nach der Produktion stattfindet, passiert dies bei Dienstleistungen zeitgleich. Ich konsumiere die Taxifahrt, den Haarschnitt und ähnliches während sie „produziert" werden.

Am Anfang des Kapitalkreislauf wird also Geld in Waren, nämlich fixes Kapital und Arbeitskraft, verwandelt. Waren sind eben nicht nur Dinge, die man im Supermarktregal kaufen kann, sondern auch abstraktere Dinge, wie die menschliche Arbeitskraft. Im Produktionsprozess werden Kapital und Arbeitskraft verbraucht, am Ende stehen andere Waren, das Produkt (in unserem Beispiel: Arbeiter_Innen verwenden Maschinen und Rohstoffe, um Schrauben herzustellen). Diese werden dann auf dem Markt wieder in Geld verwandelt, den Erlös. Marxistische Ökonom_Innen beschreiben diesen Prozess als G – W – W' – G', Geld – Ware – andere Waren – Mehr Geld.

Das „Mehr Geld" wird dann wieder in fixes Kapital und Arbeitskraft investiert, ein neuer Produktionsprozess begonnen. Die Höhe des Profits bestimmt, wie schnell der Kapitalismus wachsen kann, je höher das „Mehr Geld" am Ende ist, desto mehr kann man in der nächsten „Runde" produzieren und investieren. Man kann auch sagen, dass der *Verwertungsprozess* im Kapitalismus gleichzeitig der *Reproduktionsprozess* ist – das System reproduziert sich ständig selbst über diesen Ablauf, wie eine größer werdende Spirale der Kapitalanhäufung.

Wettbewerb und Krise

Die grundlegende Funktion des Kapitalkreislauf ist auf jeder Ebene, von der

einzelnen Firma, über regionale Wirtschaftskreisläufe bis zum globalen Kapitalismus, dieselbe. Wie der Prozess genau gestaltet wird, ist aber die Entscheidung der einzelnen Kapitalist_Innen. Die stehen aber miteinander in ziemlich brutalem Wettbewerb: Wem es nicht gelingt, die Konkurrenz zu auszuschalten, der oder die wird wahrscheinlich selbst bankrottgehen.

Die wichtigsten Waffen in diesem Krieg sind neue Maschinen und Preispolitik. Wenn man es sich leisten kann, in neue Maschinen zu investieren, kann man die eingesetzte Arbeitskraft produktiver machen, also mehr Profit aus jeder_M Arbeiter_In herausbekommen. Wer niedrigere Produktionskosten hat, kann auch einen Preis festsetzen, der unter den Kosten der Konkurrent_Innen liegen. Die machen dann Verluste und nach einiger Zeit gehen sie pleite, so dass ihr Marktanteil erobert werden kann.

Diesen Prozess nennt man auch Kapitalisierung: Es wird mehr Geld für fixes Kapital ausgegeben, damit die Arbeitskosten gesenkt werden können, das Kapital-Arbeitsverhältnis steigt (von Marx auch „organische Zusammensetzung des Kapitals“ genannt). Weil aber nur menschliche Arbeit Wert und Profit schafft, untergräbt das auf lange Sicht das Verhältnis Profit zu Kapital, die Profitrate. So führt das Streben der Kapitalist_Innen nach mehr Profit immer zu einer sinkenden Profitrate, also auch weniger Wachstum, und größeren Schwierigkeiten den Kapitalkreislauf zu reproduzieren.

Der Verfall der
Profitrate im Kapitalkreislauf ist der Grund für regelmäßige Krisen. Ausgelöst
werden diese aber meistens durch die Reaktion auf die Schwierigkeiten im Kapitalkreislauf.

Zum Beispiel investieren Kapitalist_Innen gerne in Finanzprodukte (z.B. Wertpapiere, Aktien, u.ä.), wenn die Profite in ihren „eigenen“ Produktionsprozessen zu wünschen übriglassen. Der kurzfristige Gewinn auf den Finanzmärkten hängt vor allem davon ab, dass die Nachfrage weiter steigt und man die eigenen Aktien und Wertpapiere über dem Kaufpreis verkaufen kann. Das führt in einer Situation von fallenden Profitraten auch

tatsächlich zu mehr Nachfrage nach Finanzprodukten, die Investitionen scheinen ein gutes Geschäft zu sein. Der Preis der Wertpapiere, egal ob es Aktien, Hauskredite oder Derivate sind, steigt dann immer höher über den tatsächlich erwarteten Ertrag des Papiers selbst (den nennt man auch je nach Wertpapier Dividenden, Zinszahlungen oder Ausschüttungen). Der erwartete Profit beruht also nicht nur auf der Investition, sondern zu einem immer größeren Teil auf Spekulation.

Investitionen im Kapitalismus sind meistens durch Kredite finanziert, sowohl in der Produktion als auch auf den Finanzmärkten. Auch an Arbeiter_Innen werden Kredite für Konsum oder Hausbau angeboten, damit sie ihren Lebensstandard trotz eventuell fallender Löhne halten können. Diese finanziellen Blasen sollen die Krisenauswirkungen der fallenden Profitrate aufhalten, aber wenn sie platzen stellt sich heraus, dass diese nur verzögert wurde.

Börsencrash im März 2020

Tatsächlich sind im
März die wichtigsten amerikanischen, europäischen und asiatischen Börsen zusammengebrochen,
noch bevor die Pandemie in den meisten Ländern zu strengen Isolationsmaßnahmen geführt
hatten. Der Dow Jones (ein wichtiger amerikanischer Börsenindex) ist in den ersten drei Märzwochen um 30 % gefallen, der schnellste Kurssturz seit Beginn
der Aufzeichnungen.

Hier waren zwei Faktoren zusammengekommen. Auf der einen Seite hatten Saudi-Arabien und Russland einen Preiskrieg auf dem Ölmarkt begonnen, also Öl bewusst günstig verkauft, um der Gegenseite die Profitgrundlage zu entziehen. Investitionen am Energiemarkt hatten daraufhin eine schlagartig niedrigere Profiterwartung und Anleger_Innen versuchten ihre Wertpapiere in bares Geld zu verwandeln.

Außerdem wurden die Folge des umfassenden „Lockdown“ in China spürbar,

die viele Zwischenprodukte für weltweite Produktionsketten liefern. Auch hier mussten sich Kapitalist_Innen nach Krediten umsehen, um den erwarteten Umsatzverlust zu überstehen, und verkauften andere Anlagen.

Das Ergebnis ist eine klassische Finanzkrise, in der die Nachfrage nach Wertpapieren und daher die Kurse zusammenbrechen, Kreditnehmer_Innen nicht mehr in der Lage sind zurückzuzahlen, und viele Firmen Überbrückungskredite anfordern, die aber nur teuer zu bekommen sind, weil die Rückzahlung unsicher ist.

Die Nachwirkungen der Krise 2008

Ähnlich hatte auch die
Krise 2008 begonnen, wo eine massive Blase auf den Hypotheken- und Hausmärkten
geplatzt war als die Rückzahlungsausfälle sich häuften. Das hatte die
Profitkrise in der europäischen und US-amerikanischen Produktion offengelegt
und zur größten globalen Krise seit 1929 geführt.

Üblicherweise führen
Krisen zu einer Reihe von Firmenpleiten und damit zu einer Vernichtung (also
Außerdienststellung) von deren fixem Kapital. In der Folge ist eine Erholung möglich, weil der Anteil der menschlichen Arbeitskraft wieder steigt und in der
Tendenz die produktiveren Kapitale überleben.

Die Antwort 2008 bestand aber aus einer Kombination aus Niedrigzinspolitik, internationaler Koordination, und der kaum beschädigten Produktivität in China und Lateinamerika (vor allem Brasilien), die den Weltwirtschaftsmotor wieder ankurbelte. Außerdem wurden viele sozialstaatliche Errungenschaften der Arbeiter_Innenklasse mit massiven Austeritätsprogrammen angegriffen und beseitigt. Die Kosten, die nicht verhindert werden konnten wurden also auf die Bevölkerung abgewälzt.

Mit der **Niedrigzinspolitik** wurde das Reproduktionsproblem des

Kapitalismus nach ersten Geburtsschwierigkeiten teilweise gelöst, aber nicht die Verwertung angekurbelt. Die Kapitalist_Innen blieben auf ihren Produkten und dem fixen Kapital der Vorkrisenperiode sitzen, ein neuer Zusammenbruch war vorprogrammiert.

Auch internationale Koordination hat bestimmte Grenzen, die durch den globalen und brutalen Wettbewerb im Kapitalismus gegeben sind. Dass dieses Instrument überstrapaziert war konnte man an den Handelskriegen, vor allem zwischen den USA und China, und der EU und Russland, sehen. Die nationalen Kapitale verlangten hier von ihren Regierungen sie bei der Durchsetzung gegen die internationale Konkurrenz tatkräftig zu unterstützen.

Und China, wo die
Produktivität sich schon vor 2020 verlangsamt hatte, ist besonders hart von der
Pandemie getroffen. Zumindest in den nächsten Monaten wird es nicht in der Lage
sein, die Weltwirtschaft mit Investitionsmöglichkeiten und Nachfrage auszuhelfen.

Politische Spielräume und internationale Spannungen

Die unmittelbaren Auswirkungen der Coronakrise sind vor allem ein Anstieg der Arbeitslosigkeit, ein Zusammenbrechen der kapitalistischen Investitionen, für die im Moment kein hoher Ertrag zu erwarten ist. Weder Arbeiter_Innen noch Kapitalist_Innen haben im Moment die Mittel oder die Lust, groß einzukaufen, was zu einem Zusammenbruch der globalen Nachfrage (außer für Medizinprodukte) führt. Das bedeutet, um den Begriff von vorhin zu verwenden, eine **Realisierungskrise**.

Gleichzeitig stehen auch viele bereits bezahlte Investitionen still, weil Arbeiter_Innen und Zwischenprodukte fehlen, es kommt also eine weltweite **Produktionskrise** dazu. Nachdem die Verwendung menschlicher Arbeitskraft in der Produktion die Grundlage des kapitalistischen Profits ist, bricht der Kapitalkreislauf auch an diesem Punkt zusammen.

Der Zusammenbruch der Finanzmärkte ist eine Folge der Krisentendenz der fallenden Profitrate, die im Kapitalismus immer auftreten wird. Sie wird noch verschärft durch die internationalen Spannungen und deren Auswirkungen auf die Energiemärkte (Preiskrieg) und die Produktionsketten (Handels- und Zollkrieg). Das führt dazu, dass Kapitalist_Innen nicht an die Mittel kommen um sich über die Krise zu retten, oder neue Investitionen zu finanzieren, also einer tiefen **Kreditklemme**.

Die Kombination dieser drei Krisendynamiken und die Kosten der Gesundheitskrise lassen erahnen, dass uns eine Rezession bevorsteht, die sehr wahrscheinlich noch schlimmer sein wird als 2008 oder sogar 1929. Auf der einen Seite ist das so, weil die Auswirkungen der drei Faktoren sich aufsummieren. Aber auch der Weg aus der Krise heraus ist schwieriger, weil nicht nur ein Problem (vorübergehend) gelöst werden muss.
Außerdem sind die Lösungsstrategien, die 2008 halbwegs funktioniert haben, fast restlos ausgeschöpft.

Darauf können sich auch die ökonomischen Vertreter_Innen der Kapitalist_Innen, in den großen Banken und Universitäten, einigen. Die Bank of America erwartet bis zu 20 Millionen mehr Arbeitslose und einen Einbruch des Wirtschaftswachstums um 10 Prozentpunkte. Das würde die tiefste Krise seit dem zweiten Weltkrieg bedeuten. Und selbst dieses Szenario geht optimistisch davon aus, dass die Weltwirtschaft schon im Oktober wieder normal läuft und kräftig wächst.

Auch die Washington Post titelt *„Die Coronakrise zeigt, dass unsere Wirtschaft nicht so stark ist wie gedacht*“. Nouriel Roubini, der das Buch „*Crisis Economics*“ geschrieben hat und unter bürgerlichen Ökonom*innen als Experte gilt, schreibt,

dass die Krise tiefer als 2008 und die Erholung weniger erfolgreich sein wird.

Wer leidet unter, wer bezahlt für die Krise?

Sowohl die Pandemie als auch die ersten Auswirkungen der Krise treffen die unterdrücktesten Teile der Arbeiter_Innenklasse am härtesten. In New York City, wo diese Daten bezirksweise veröffentlicht werden, liegen die Infektionen in den ärmsten Bezirken teilweise um das Fünffache über denen in den besten Gegenden von Manhattan. Besonders junge und migrantische Arbeiter_Innen sind von Entlassungen, besonders Frauen von der gefährlichen Arbeit mit mangelhafter Schutzausrüstung betroffen. Und die UN warnt davor, dass der Virus in afrikanischen Ländern zu Millionen Toten führen könnte. Gleichzeitig nimmt die Gewalt gegen Frauen und rassistische Hetze, vor allem gegen Menschen aus asiatischen Ländern und Geflüchtete, massiv zu.

Im Moment verschlechtert sich die Lage in Österreich sowohl für Arbeiter_Innen, die mit Arbeitslosengeld oder Kurarbeit zwischen 10 % und 40 % ihres Gehalts verlieren, aber auch für die Kapitalist_Innen und Unternehmer_Innen die ganz ohne Einkommen dastehen. So eine Unsicherheit lässt sich in der eigenen Villa und mit dickem Sparkonto aber besser überstehen als für die 20 % der Bevölkerung deren Gesamtvermögen unter 10.000 Euro liegt.

Ein großes Problem ist, dass unsere politische und gewerkschaftliche Aktivität im Moment fast stillsteht, während Regierung und Kapitalist_Innen ihre politischen Vorstellungen direkt in Gesetze gießen können, und das auch tun. Dass die Überbrückungshilfen vor allem an große Unternehmen ausbezahlt werden, oder dass Arbeiter_Innen im „Home-Office“ den Jahresurlaub aufbrauchen sollen, zeigen das ganz klar.

Wir müssen sicherstellen, dass die Kosten der kommenden Krise nicht auf die Arbeiter_Innen, Jugendlichen und Unterdrückten abgewälzt werden. Das bedeutet auf der einen Seite schon jetzt Bündnisse zu schmieden, mit Bekannten, Kolleg_Innen und politischen Aktivist_Innen zu reden und uns vorzubereiten. Es würde wohl Sinn machen, am „Tag X“ nach der

Quarantäne eine Großdemonstration gegen alle Entlassungen, Lohnkürzungen und geplanten Sparpakete zu organisieren, aus der eine kämpferische Bewegung entstehen kann.

Bis dahin müssen wir uns um ein politisches Aktionsprogramm sammeln. Eckpunkte müssen ein (1) Verbot aller Entlassungen und Wohnungskündigungen, (2) Weiterbezahlung der vollen Löhne, (3) ausreichende Bereitstellung von Schutzmaterial in den Berufen die weiterarbeiten müssen, festgelegt von den Arbeiter_Innen selber, (4) die Öffnung der Grenzen für Geflüchtete die jetzt besonders gefährdet sind, (5) Ausbau der Schutzeinrichtung für Betroffene von häuslicher Gewalt, und (6) Bereitstellen von Wohnmöglichkeiten in leerstehenden Häusern und Hotels für Geflüchtete, Obdachlose und andere die es brauchen, sein.

KURZ ERKLÄRT I: Krise ist immer dann, wenn einer dieser Übergänge nicht mehr gelingt. Wenn die Produkte nicht mehr verkauft, also in Geld umgewandelt werden können, heißt das **Realisierungskrise**, wenn man gerne investieren möchte aber nicht an die notwendigen Mittel kommt sagt man **Kreditklemme**, und wenn der Produktionsprozess zusammenbricht (zum Beispiel, weil die Arbeiter_Innen in Quarantäne müssen) kann man das **Produktionskrise** nennen.

KURZ ERKLÄRT II: Niedrigzinspolitik ist eine Strategie mit den Zentralbanken versuchen mit sehr geringen bis 0%-Zinsen Investitionen anzukurbeln. Da der der (Nominal-) Leitzinssatz jedoch nicht weiter als auf null fallen kann hat diese Strategie gegenwärtig eine begrenzte Effektivität.

Die Grünen – Neoliberalismus

fürs Kapital

Sara Mertens

Die Grünen gehörten bei den Wahlen im vergangenen Jahr zu den Parteien mit dem größten Wähler_Innenzuwachs. Beispielsweise sind sie bei den Bürgerschaftswahlen in Hamburg 2020 auf 24,2 % der Stimmen gekommen und haben somit ihren Stimmenanteil fast verdoppelt. Während die Grünen Erfolge feierten, mussten CDU und SPD große Verluste einstecken. Zu diesem Zeitpunkt war Corona noch weit entfernt, der Klimaschutz dominierte das gesellschaftliche Interesse und die Leute wünschten sich statt ein „Weiter so" neue Dynamik und Modernität, unter welcher Fahne sich das neue Parteispitzen-Duo Annalena Baerbock und Robert Habeck präsentierte. Ziemlich genau seit der Coronakrise stürzen sie in den Umfragen wieder ab und viele suchen die „Stabilität" einer konservativen Regierung. Aber wäre eine Regierung mit den Grünen überhaupt so ein Aufbruch?

Was unterscheidet die Grünen von den anderen Parteien?

Schon in den ersten Sätzen des Programms wird betont, dass der Klimaschutz Wohlstand und Beschäftigung sichern und die Welt gerechter machen soll. Vor allem für die ärmere Bevölkerung. Dieser soziale Ansatz lässt sich in dem konkreten Ziel nicht wiederfinden. Alle Maßnahmen stützen sich primär auf einen entscheidenden Aspekt: Der Vorstellung einer grüneren Wirtschaft, auch „Green New Deal" genannt.

Zuallererst wird auf den Markt und dem ihm innewohnenden Wettbewerb bzw. Konkurrenz-Mechanismen verwiesen, welche quasi ganz natürlich die besten Lösungen zur Bekämpfung der Klimakrise hervorbringt. Dass der Markt rein aus dem Gesichtspunkt der Profitmaximierung funktioniert und die

nachhaltigsten und klimaschonendsten Produkte nur selten die profitabelsten sind, soll mit der CO_2-Bepreisung ausgemerzt werden. Sie soll dafür sorgen, dass sich „Investitionen in Klimaschutz betriebswirtschaftlich lohnen“ (vgl. Programm der Grünen/Thema: Klimaschutz). Dass zum einen der Klimaschutz den eigensinnigen Entscheidungen von Kapitalist_Innen überlassen wird, zum anderen in den meisten Fällen die Steuer einfach auf den Preis des Endproduktes draufgeschlagen wird und somit primär die Verbraucher_Innen dafür aufkommen müssen, wird in Kauf genommen.

Daneben wollen sie mehr Geld für den Ausbau vom Öffentlichen Nahverkehr und Radverkehr ausgeben. Gleichzeitig wollen sie aber auch „eine gute Zukunft für die deutsche Automobilindustrie“ (vgl. Programm der Grünen/Thema: Verkehrspolitik). Einen wirklichen Bruch mit dem motorisierten Individualverkehr wollen sie also nicht, obwohl dieser vor allem in Produktion aber auch Nutzung einen großen Teil des CO_2-Ausstoß ausmacht.

Unter dem Punkt „Grüner Wirtschaften“ formulieren sie ihr Ziel dann ganz klar: „Zusammen wollen wir Deutschland zum Pionierland für ökologische Innovation machen.“ Hierfür wollen sie die „Lebensqualität immer mehr vom Ressourcenverbrauch abkoppeln.“ (vgl. Programm der Grünen/ Thema: Grüner Wirtschaften) Wie diese Entkopplung genau funktionieren soll, wird nicht erklärt. Die bisherigen Versuche sind kläglich gescheitert, denn bis jetzt kam es lediglich zu einer Verlagerung der dreckigen Industrie und Abfälle ins Ausland.

Was haben die Grünen in der Vergangenheit realpolitisch bewirkt?

Betrachtet man die Politik der

Grünen in den vergangenen Jahrzehnten wird einem schnell klar, dass sie nicht selten ihre Vorsätze über den Haufen werfen, wenn es um konkrete politische Entscheidungsprozesse geht.

Der erste Angriffskrieg seitens
Deutschland nach dem 2. Weltkrieg wurde 1999 in Kosovo geführt. Die Rot-Grüne Regierung mit Joschka Fischer als Grüner Außenminister beschloss völkerrechtswidrig serbische Einrichtungen und Städte zu bombardieren. Dass die Luftangriffe die Lage am Boden noch mehr eskalieren ließen, wurde in Kauf genommen. Auch die vielen zivilen Opfer versuchte man als „Kollateralschaden“ abzutun, wie zum Beispiel durch die Verseuchungen nach dem Luftangriff auf eine Chemiefabrik. Durch die Zerschlagung des Jugoslawischen Staates konnte Deutschland die verschiedenen Kleinstaaten an die EU anbinden und damit die eigene ökonomische und politische Macht in der EU ausbauen. Gleichzeitig wurde durch diesen Einsatz versucht, den Einfluss Russlands auf Europa zurückzudrängen. Abschiebungen und rassistische Unterdrückung haben im Übrigen auch nirgendwo aufgehört, wo die Grünen an der Regierung waren.

Doch nicht nur ihr Friedensideal
haben sie, sobald sie an der Regierung beteiligt waren, über den Haufen geworfen. Auch ihr „soziales“ Programm wird den Wirtschaftsinteressen geopfert.

Mit der Regierungserklärung von
Schröder 2003 zur Agenda 2010 sollte Wirtschaftswachstum, mehr Beschäftigung und der „Umbau des Sozialstaates“ erreicht werden. Die Grünen stimmten dieser Erklärung auf dem Sonderparteitag im Juni 2003 mit 90% Mehrheit zu. Konkret umfasst dies z.B. eine Lockerung des Kündigungsschutzes und eine Senkung der Lohnnebenkosten, indem die Mitarbeiter_Innen mehr Sozialabgaben bezahlen müssen. Die Arbeitslosenhilfe wurde abgeschafft und durch Arbeitslosengeld 2 (Hartz IV) in Höhe der alten Sozialhilfe ersetzt. Die alte Arbeitslosenhilfe war von dem vorherigen Einkommen des Beschäftigten abhängig und in der Regel um einiges höher als das

heutige Hartz IV. Gleichzeitig wurde die Auszahlung von Arbeitslosengeld auf 12 Monate gekürzt. Das hat viele Arbeitslose zur Annahme von schlechter bezahlter Arbeit gezwungen. Die Arbeitslosenzahlen gingen runter, weil Menschen bis heute z.B. mehrere Minijobs annehmen müssen und trotzdem kaum über die Runden kommen. Manche Vollzeitbeschäftigte müssen Arbeitslosengeld 2 beziehen, weil ihr Gehalt nicht zum Leben reicht. Somit hat diese Agenda einen neuen Niedriglohnsektor geschaffen auf Kosten der Arbeiter_Innen und im Interesse des Kapitals. Dies wird aber vor allem der SPD zugerechnet und kaum jemand sieht die Mittäter_Innenschaft der Grünen.

Doch wie sieht's mit den Umwelt- und Klimaschutz-Zielen aus? Abgesehen davon, dass die beschriebenen Forderungen und Ziele unzureichend sind, halten die Grünen sich nicht mal an diese Ideale. 2016 stimmten sie in NRW der Rodung von weiteren 200 Hektar des Hambacher Forstes zu und gaben damit RWE die Möglichkeit, durch die Braunkohlegewinnung weiter Profit zu generieren. Auch in den Jamaika-Verhandlungen zeigten sie sich kapitaltreu und ließen ein Ziel nach dem anderen fallen. Doch selbst, wenn sie versuchen würden, die gesteckten Ziele einzuhalten, stellt sich die Frage:

Inwiefern ist nachhaltiges und soziales Wirtschaften im Kapitalismus überhaupt möglich?

Das Ziel bei der Produktion ist nicht, ein für die Gesellschaft nützliches und preiswertes Produkt zu schaffen, sondern einen Mehrwert zu generieren. Also das, was der_die Kapitalist_In am Ende für sich abschöpfen kann.

Um auf dem Markt überleben zu können, muss dem Expansionszwang nachgekommen werden. Das ist nur möglich durch Arbeitsintensivierung

oder der Vergrößerung der Maschinen, Fabriken, Landflächen und so weiter. Somit führt die Produktionsform zwangsweise zu einer Ausbeutung der Arbeiter_Innen und der Umwelt. Da in diesem Marktsystem immer die Gewinnmaximierung im Vordergrund steht, gehen die Forderungen der Grünen wie die CO_2-Bepreisung nicht zu Lasten des Kapitals sondern der Arbeiter_Innen .

Doch was brauchen wir stattdessen?

Für einen wirklichen sozialen und ökologischen Wandel dürfen wir nicht länger unsere Hoffnung in Parteien wie die Grünen stecken, welche letztendlich für „Die Wirtschaft“ Politik machen. Das Interesse der Arbeiter_Innenklasse wird von bürgerlichen Parteien immer der Profitmaximierung untergeordnet werden. Um mit der bürgerlichen Vormachtstellung zu brechen, brauchen wir eine globale Bewegung, eine revolutionäre Bewegung, mit welcher wir Widerstand leisten, indem wir Aufklärungsarbeit leisten, protestieren und streiken mit dem Ziel, diese Wirtschaftsweise und Gesellschaftsform zu überwinden. Denn nur mit einer globalen Planwirtschaft ist es möglich, klimafreundlich und nach den Bedürfnissen der Menschen zu produzieren. Um diese global aufzubauen, müssen wir den Kapitalismus global stürzen und dazu ist nur eine revolutionäre Internationale in der Lage. Durch die Organisierung von Räten in Schulen, Unis und Betrieben muss Bewusstsein und Möglichkeit geschaffen werden, welches die Arbeiter_Innen befähigt, eigene Forderungen zu entwickeln und durchzusetzen. Dadurch kann eine Überführung der Betriebe und aller öffentlichen Einrichtungen in die Kontrolle der dort Arbeitenden und Nutzenden geplant und umgesetzt werden. Hier gäbe es keinen Widerspruch mehr zwischen den Interessen der „Wirtschaft“ und unserer Zukunft. Alles, was vernünftig ist (wie zum Beispiel Klimaschutz), können wir dann diskutieren, beschließen und umsetzen!

Deswegen dürfen wir nicht
verkennen, dass Parteien wie die Grünen Teil des Problems sind und nicht dessen Lösung.

E-Learning: Warum der Corona-Online-Unterricht diskriminierend und gefährlich ist.

Katjuscha Forcella

Seit
Mitte März diesen Jahres sind auf Grund der Pandemie nun auch in Deutschland alle Schulen geschlossen, aber die Schüler_Innen haben keineswegs „Corona-Ferien“, wie es sich vielleicht so manch eine_r erhofft hatte. Das Pauken muss weitergehen, schließlich dürfen ja keine Wissenslücken entstehen. Wie aber sollen nun die Lerninhalte von den Lehrer_Innen zu uns Schüler_innen und in unsere Köpfe gelangen? Das Zauberwort heißt an dieser Stelle „E-Learning“! Wir Schüler_Innen sollen nun über virtuelle Lernplattformen, Online – Tutorials oder digitale Arbeitsblätter unser Lernpensum von Zuhause aus absolvieren. Klingt erst einmal einleuchtend und simpel? Ist es aber nicht: Wie selbstverständlich wird vorausgesetzt, dass alle Schüler_Innen die nötige Hardware, also einen Computer und Drucker samt Zubehör daheim haben. Auch wenn viele Familien heute technisch gut ausgestattet sind, heißt das immer noch nicht, dass für jedes Kind ein eigenes Gerät zur Verfügung steht. Auch nicht jede_r von uns hat ein eigenes Zimmer oder kann sich mit vielen

Geschwistern in einer engen Wohnung gut auf das Arbeiten konzentrieren. Während einige von uns Eltern haben, die selber studiert haben, fließend Deutsch sprechen und ihre Kinder während des Homeoffice gut bei den Aufgaben unterstützen können, haben andere von uns Eltern, die vielleicht eine andere Muttersprache oder eine andere Schulbildung erfahren haben und alleinerziehend sind oder täglich für wenig Geld im Supermarkt oder Krankenhaus arbeiten müssen. Kinder und Jugendliche aus prekär lebenden Familien werden also durch das E-Learning massiv benachteiligt.

Wenn
man auf dem Land wohnt, bringen einem genügend Geräte auch nicht viel, wenn die Internetverbindung nicht funktioniert. Denn in Deutschland sind überwiegend private Anbieter_Innen (Telekom, Unitymedia & Co) für die Internetversorgung zuständig und dadurch haben insbesondere ländlichere Regionen ein echtes digitales Versorgungsproblem, denn in dünn besiedelten Regionen machen die Anbieter_Innen weniger Profite und die Netzbelastung ist durch die Maßnahmen deutlich stärker. Für viele Schüler_Innen heißt das konkret, dass ihre Internetverbindung immer wieder zusammenbricht oder zu schwach ist. Und nicht nur für die Schüler_Innen ist die Situation schwierig, sondern auch sind die Lehrer_Innen sind nur unzureichend für das Medium E-Learning fortgebildet. Im Europäischen Vergleich steht Deutschland dies bezüglich laut der Studie des CEPS (2019) auf Platz 27, also ganz unten.

Das E-Learning, wie es momentan umgesetzt wird, stellt vielmehr eine „Beschäftigungstherapie“ dar, als ein pädagogisches Konzept. „Wir müssen täglich so viele Aufgaben bearbeiten und fristgerecht einreichen, dass ich noch weniger Freizeit habe als vor den Schulschließungen.“, sagt L., eine Schülerin des Victor-Klemperer-Kollegs in Berlin. Auch hier zeigt sich, dass es in der Schule, egal ob virtuell oder analog, vor allem darum geht, disziplinierte Menschen für den (digitalisierten) Arbeitsmarkt heranzuziehen, die auch unter hohem Druck gute Leistungen erbringen. Das E-Learning-Format macht es darüber hinaus auch möglich, Aufgaben so zu stellen, dass

die Leistungen von uns Schüler_Innen maximal messbar und so auch besser zu vergleichen sind. Dies erhöht den dem Kapitalismus innewohnenden Konkurrenzdruck auf uns Schüler_Innen untereinander. Außerdem lassen sich wirkliche Lerngewinne, die über reines Abfragewissen hinausgehen, auch gar nicht in messbaren Zahlen ausdrücken.

E-Learning = Einbahnstraße

Lernen
ist eigentlich ein kollektiver Prozess, in dem sich Schüler_Innen austauschen, gemeinsam Probleme lösen und sich gegenseitig mit ihren unterschiedlichen Stärken und Schwächen unterstützen können. So wie jedoch das virtuelle Lernen momentan umgesetzt wird, pusht es nur die Individualisierung und Vereinzelung – die Schüler_Innen sind mit all ihren Aufgaben auf sich allein gestellt. E-Learning ist kein gemeinsamer Austauschprozess sondern eine autoritäre Einbahnstraße, bei der lediglich Befehle erteilt und diese ausgeführt werden. Dass wir keine Mitsprache bei den Inhalten haben und nie hatten, bremst unsere Neugierde und macht es unter solchen Umständen noch schwieriger, vereinzelt für irgendwas Eigeninitiative zum selbstständigen Arbeiten aufzubringen.

Die
Schule als physischer Raum stellt nicht nur den Ort dar, an dem wir uns täglich aufhalten und Inhalte lernen müssen, die wir uns nicht selber ausgesucht haben, sondern es ist auch ein Ort, an dem wir uns untereinander vernetzen können und uns gemeinsam gegen Ungerechtigkeit im Schulalltag organisieren können. Wenn wir aber jede_r in unserem Zimmer vor unseren Computern sitzen und den ganzen Tag damit beschäftigt sind, übermäßig viele Schulaufgaben zu erledigen, macht das ein Zusammenschließen für unsere Rechte und Bedürfnisse nahezu unmöglich.

Wir fordern, dass E-Learning-Aufgaben in Zukunft deutlich mehr auf kooperatives Problemlösen anstatt auf individualistisches Auswendiglernen und Abarbeiten ausgelegt werden. Online-Lehrmittelmaterialien und damit

auch Inhalte müssen einer demokratischen Kontrolle unterliegen. Lehrmittel, wie Softwarepakete oder auch technische Grundausstattung wie Computer und Drucker müssen allen Schüler_Innen kostenlos zur Verfügung gestellt werden, um einer strukturellen Benachteiligung im Bildungssystem entgegen zu wirken. Das E-Learning hat dafür gesorgt, dass wir mit sehr unterschiedlichen Startbedingungen weitermachen, sobald der Unterricht wieder normal im Schulgebäude stattfindet. Trotzdem schreiben wir später alle dieselben Prüfungen und Klassenarbeiten. Wir fordern zusätzliche finanzielle Mittel, um mehr Ressourcen wie Lehrpersonal und Sozialarbeiter_Innen bereitzustellen, die den neuen Anforderungen gerecht werden können.

Abitur 2020: Prüfungsdruck im Corona-Chaos

Sani Meier

Die weltweit andauernde Ausbreitung des Corona-Virus stellt nicht nur den Alltag von Lohnabhängigen in Deutschland vor Probleme: Neben Universitäten sind seit Wochen auch sämtliche Schulen zum Schutz vor Neuinfektionen geschlossen. Neben den Schwierigkeiten des Online-Unterrichts (Revo berichtete: LINK EINFÜGEN) gab es in letzter Zeit viel Verwirrung um die anstehenden Abitur- und Abschlussprüfungen. Ob und wie diese überhaupt stattfinden würden, stand bis vor Kurzem noch zur Diskussion. Problematisch hieran war zunächst, dass keine einheitliche bundesweite Regelung gefunden wurde, sondern jedes Bundesland erstmal individuell über den Verlauf der Prüfungen entschieden hat. Während also in Hessen bereits schriftliche Abiturprüfungen stattgefunden haben, sollten diese in Schleswig-Holstein vollständig abgesagt werden. Nun wurde letzte Woche durch die Kultusministerkonferenz (KMK) entschieden, dass die

Abschlussprüfungen in ganz Deutschland stattfinden sollen. Die jeweiligen Termine sollen die Schulen selbst festlegen. Wir halten diese Entscheidung aus mehreren Gründen für problematisch:

Die KMK verspricht im Zuge ihrer Entscheidung, dass die Schüler_Innen keinerlei Nachteile durch diese Situation haben sollen. Wie dies in der Realität umsetzbar sein soll, ist schwer vorstellbar: Schüler_Innen treten zum momentanen Zeitpunkt zwangsläufig unter erschwerten Bedingungen zu ihren Prüfungen an: Denn zusätzlich zum ohnehin schon enormen Leistungsdruck befinden sie sich nun auch unter erhöhtem psychischen Druck: Die eigene Familie befindet sich durch Lohnausfälle möglicherweise in Existenznot, Geschwister sind durch Schließung der Schulen und Kitas ganztägig zuhause und ältere Geschwister sind somit zusätzlich mit deren Betreuung beschäftigt. Von einer konzentrierten Lernatmosphäre kann bei vielen zu Hause keine Rede sein. Der chaotische Online-Unterricht und der fehlende Austausch mit Mitschüler_Innen führen zu weiteren Unsicherheiten.

Indem die Abi-Vorbereitung in den Haushalt verlegt wird, wird die ohnehin bestehende Ungerechtigkeit im Bildungssystem noch verstärkt. Lernen wird zum Klassenprivileg. Es wird selbstverständlich vorausgesetzt, dass alle Schüler_Innen die nötige Hardware, also einen Computer und Drucker samt Zubehör daheim haben. Auch wenn viele Familien heute technisch gut ausgestattet sind, heißt das immer noch nicht, dass für jedes Kind ein eigenes Gerät zur Verfügung steht. Während einige von uns Eltern haben, die selber studiert haben, fließend Deutsch sprechen und ihre Kinder während des Homeoffice gut beim Lernen unterstützen können, haben andere von uns Eltern, die vielleicht eine andere Muttersprache oder eine andere Schulbildung erfahren haben und alleinerziehend sind oder täglich für wenig Geld im Supermarkt oder Krankenhaus arbeiten müssen.

Zusätzlich zum erhöhten psychischen Druck und verstärkter Diskriminierung bedeutet die Durchführung der Prüfungen auch ein gesundheitliches Risiko für die Betroffenen: Sowohl die Anreise mit öffentlichen Verkehrsmitteln, als auch der stundenlange Aufenthalt mit vielen Leuten in einem Raum bedeuten ein erhöhtes Infektionsrisiko und ein mögliches beschleunigtes Fortschreiten der Pandemie. Auch unter Schüler_Innen gibt es Risikogruppen, welche nicht

dazu gezwungen werden dürfen, sich dieser erhöhten Gefahr auszusetzen.

Weiterhin kritisieren wir die Bedingungen unter denen die KMK diese Entscheidung getroffen hat. Während es wochenlang keine einheitliche Regelung gab, formulierten viele Schüler_Innen bereits online Vorschläge zur Durchführung ihrer Prüfungen. Besonders stark wurde einerseits der Entfall der schriftlichen Prüfungen gefordert, welche durch eine Durchschnittsnote der vergangenen Schuljahre ersetzt werden würde und andererseits die Verschiebung der Prüfungen in die Zukunft. Klar ist also, dass ein Großteil der Schüler_Innen sich gegen eine reguläre Durchführung zum jetzigen Zeitpunkt aussprach und dass diese Forderung von der KMK komplett ignoriert wurde. Wir fordern deshalb, dass solche Entscheidungen von den Personen getroffen werden sollten, die direkt davon betroffen sind: Schüler_Innen sollen selbst über die Bedingungen ihres Lernens und somit auch über die Bedingungen ihrer Prüfungen bestimmen, denn nur so kann eine wirklich faire und demokratische Entscheidung getroffen werden.

Diese Forderungen beschränken sich nicht nur auf die Abiturprüfungen, sondern gilt genauso für ESA- und MSA-Prüfungen. Die Schüler_Innen dieser Bildungswege befinden sich in einer identischen Situation und sollten genauso vom Prüfungszwang befreit werden.

Wir fordern deshalb:

- Infektionsschutz statt Leistungszwang: Für die Freiheit aller Schüler_Innen, selbst zu entscheiden, ob sie jetzt zu ihren Prüfungen antreten oder diese lieber verschieben wollen!
- Organisierung von Schüler_Innen an ihren Schulen: Für den Aufbau demokratischer Strukturen an den Schulen, damit wichtige Entscheidungen direkt von den Schüler_Innen getroffen werden können!
- Finanzielle Absicherung auch bei Ausfall von Schule, Job und Uni: Sowohl die Löhne, als auch Bezüge von Bafög u.ä. müssen weiterhin in voller Höhe ausgezahlt werden!

Was können Antikapitalist_Innen in FFF jetzt noch tun?

Marvin Schutt + Jakob Wendehals

Auch bei Fridays for
Future hat die Corona-Pandemie eine Atempause ausgelöst, zumindest was Aktivismus außerhalb des Internets angeht. Manche Zyniker_Innen behaupten zwar, das Virus, das Fabriken schließt und Fluggesellschaften in den Abgrund reißt, sei die lang ersehnte Lösung der Umweltkrise. Wir denken aber immer noch, wir können dem Kapitalismus auch nach vorne entkommen und sind nicht darauf angewiesen, in ein Zeitalter von Seuchen und Subsistenzwirtschaft zurückzufallen. Da sich aktuell auch viele Andere nicht damit zufriedengeben wollen, wird die Bewegung wohl früher oder später weitergehen. Was sind dann aber die Aufgaben von Antikapitalist_Innen, denen Warten auf das nächste Klimapäckchen und ein paar Appelle an die Regierung nicht ausreichen?

Die aktuelle Situation in FFF

Schon
vor Corona befand sich die FFF-Bewegung in einer Phase der Stagnation: Kaum in einer Stadt ist noch regelmäßig und massenhaft gestreikt worden, auch die Teilnehmer_Innenzahlen der Großveranstaltungen und Aktionstage sanken und führende Aktivist_Innen sind frustriert, überarbeitet und ziehen sich ins Private zurück. Der Hauptgrund dafür ist das Ausbleiben politischer Erfolge. Millionen von Aktivist_Innen haben sich der Bewegung angeschlossen, um den Klimawandel zu stoppen, haben viel Gegenwind und Repression für ihren Aktivismus geerntet und viel Kraft, Energie

und Arbeit in die Bewegung gesteckt. Und was haben wir dafür bekommen? Lausige Klimapakete, folgenlose internationale Konferenzen und eine Menge heißer Luft.

Die
Klimakrise kann jedoch nicht beendet werden, wenn wir sie nicht an ihren Wurzeln in der kapitalistischen Profitlogik, dem Privateigentum an Produktionsmitteln und der schonungslosen Ausbeutung von Mensch und Natur anpacken. Die Forderungen von FFF sind weit davon entfernt. Sie verbinden die sozioökonomischen Interessen der Millionen von Lohnabhängigen in diesem Land nicht mit der Klimafrage. Die Bewegung hat es auch deshalb nicht geschafft, sich zu verbreitern und neue Teile der Gesellschaft außerhalb von ökologisch bewussten Schüler_Innen und Studierende zu mobilisieren. So konnte die Bewegung zwar viel Aufmerksamkeit für die Klimakrise schaffen, hat jedoch inhaltlich einen Green New Deal vorgeschlagen und sich damit in Deutschland eher zur Wahlkampfhelferin der Grünen qualifiziert, anstatt eine systemverändernde Kraft darzustellen. Obwohl FFF in seinem ganzen Erscheinungsbild irgendwie links wirkt, ist es wichtig, dass wir nicht vergessen, dass es sich um eine pro-kapitalistische Bewegung handelt, da es vor allem zum Ziel hat, bloß den Kapitalismus „grüner“ zu machen. Doch das ist nicht in Stein gemeißelt und wenn das jemand ändern kann, dann wir Antikapitalist_Innen!

Was können wir also tun?

Zuerst
einmal ist es wichtig, dass wir offen als Antikapitalist_Innen in der Bewegung auftreten. Wenn wir Verstecken spielen, tun wir Luisa und Co. nur den Gefallen, dass sie sich nicht öffentlich positionieren müssen und machen es ihnen leicht, uns als Unterwanderer und Spalter_Innen darzustellen. Stattdessen sollten wir offen und deutlich aber solidarisch unsere Kritik an der Führung und dem aktuellen Kurs der Bewegung äußern.

Daneben
sollten wir uns darauf konzentrieren, selbst Aktionen zu machen. Ausschließlich Debatten über Strukturvorschläge helfen uns gerade nicht weiter und lenken unsere Aktivität nach innen statt nach außen, wo sie die frustrierten Aktivist_Innen gerade eigentlich brauchen. Und wenn wir die ganze Zeit nur am Rand stehen und meckern, wird uns auch eh niemand ernst nehmen.

In
der Praxis können wir zeigen, was wir mit antikapitalistischer Politik meinen. Eine hervorragende Gelegenheit dafür bietet eine Kampagne für kostenlosen öffentlichen Nahverkehr, denn der Verkehr stellt
die drittgrößte Quelle für CO2-Emissionen in Deutschland dar. Dazu mehr im Artikel „Vom
kostenlosen Nahverkehr bis zum Sozialismus – Wie geht das?“. Da eine Tarifrunde für die Beschäftigten im Nahverkehr Ende Juni vor der Tür steht, liegt hier eine Zusammenarbeit mit den Arbeiter_Innen und Gewerkschaften auf der Hand. Sollte die Kampagne Erfolg haben, kann sie der Basis von FFF eindrucksvoll vor Augen führen, dass die organisierte Arbeiter_Innenklasse eine wesentlich bessere Kampfpartnerin als die „Entrepreneurs for Future“ oder die Grünen ist.

Gleichzeitig
kann die Kampagne ein Beispiel dafür sein, wie wir nicht nur das Was sondern auch das Wie der Arbeit von FFF verändern können. Anstatt die thematischen Schwerpunkte und die Arbeitsweise offen und gemeinsam zu diskutieren, werden nämlich aktuell unzählige Kleingruppen gebildet, die still vor sich hinarbeiten und nur von der Führung wahrgenommen, priorisiert und kontrolliert werden. Dies müssen wir durchbrechen und stattdessen für anlassbezogene Aktionskonferenzen eintreten, die Beschlüsse für die ganze Bewegung demokratisch fassen können. Die Konferenzen sollten die gesamte Bewegung repräsentieren und aus demokratisch gewählten

und abwählbaren Delegierten aus Schulen, Unis und Ortsgruppen bestehen. So können wir nicht nur die undemokratische Führung loswerden, sondern zugleich auch die vielen überlasteten Aktivist_Innen entlasten, indem neue Menschen Zugang in die Organisationsarbeit bekommen und die Arbeit auf mehrere Schultern verteilt wird.

Um
neue Aktivist_innen in die Bewegung zu integrieren, müssen wir darüber hinaus im Zuge der Nahverkehrskampagne anfangen, aktive Basisarbeit zu machen. Wir müssen anfangen,
uns auch dort zu organisieren, wo wir uns tagtäglich aufhalten: in unseren Schulen, Unis und Betrieben. Vor Ort müssen wir Basiskomitees aufbauen, die kontinuierlich Arbeit machen. Anstelle sich nur unter Gleichgesinnten zu bewegen, lohnt es sich durch Mobilisierungen, Vollversammlungen und kleineren Aktionen vor Ort die Debatte zu anderen Leuten zu bringen und unsere Themen sichtbarer zu machen. Das sorgt für eine stetige Auseinandersetzung und befähigt gleichzeitig viele von uns, sich mehr einzubinden. Vor allem, ist die Hemmschwelle, sich einzubringen, für viele dort wesentlich geringer.
Lasst
uns Vollversammlungen und Veranstaltungen an unseren Schulen organisieren, auf denen wir gemeinsam mit den Belegschaften aus dem öffentlichen Nahverkehr diskutieren, wie eine ökologische Verkehrswende aussehen kann. Gleichzeitig sollten wir als Schüler_Innen und Aktivist_Innen die Streikversammlungen und Streikposten der Beschäftigten besuchen, um unsere Solidarität auszudrücken. Was wir brauchen ist ein bundesweiter Aktionstag von FFF zum Thema Verkehrswende in Solidarität mit den Streiks und den Beginn einer aktiven Arbeit an unseren Schulen. Wenn
ihr dabei Unterstützung haben wollt, meldet euch gerne bei uns.

Vom kostenlosen Nahverkehr bis zum Sozialismus – Wie geht das?

Lars Keller

Abfahrt: Dieser Artikel entspricht einer 7-minütigen Busfahrt (auch wenn ihr in Zeiten von Corona vermutlich zu Hause seid)

Viele in Fridays for Future wünschen ihn sich, manche Gewerkschaftler_Innen überlegen ihn sich und Luxemburg hat ihn sich gegönnt – den kostenlosen öffentlichen Nahverkehr mit Bahn und Bus. Auch wir als kommunistische Jugendorganisation haben ihn in unserem Programm stehen. Aber warum eigentlich? Ist der kostenlose Nahverkehr etwa schon der Kommunismus?

Die kurze Antwort:
Nein. Offensichtlich ist es in Luxemburg trotz kostenlosem Nahverkehr nicht zur Enteignung der Kapitalist_Innen und klassenlosen Gesellschaft gekommen. Allerdings kann uns die Forderung nach kostenlosem Nahverkehr ein paar Bahnstationen näher zum Sozialismus bringen…

Station 1: Minimalforderung

Der kostenlose
Nahverkehr ist für uns eine sogenannte Minimalforderung. Das bedeutet, dass es zumindest möglich ist, ihn schon im Kapitalismus zu verwirklichen. Finanziert werden muss er dann natürlich trotzdem und zwar durch den Staat – klingt doch super oder? Nicht wirklich, denn der Staat finanziert sich aus Steuereinnahmen und die kommen zum allergrößten Teil von Arbeiter_Innen und deren Familien in Form von Lohnsteuer und Mehrwertsteuer. Am Ende würden Bus & Bahn also doch von denen bezahlt werden, die täglich auf sie angewiesen sind, auch wenn sie kein Ticket mehr brauchen.

Aber halt! Das muss nicht sein! Wäre es nicht vielleicht möglich, dass diejenigen für einen Ausbau des Nahverkehrs zahlen, die gigantisch viel Kohle mit der Zerstörung der Umwelt gemacht haben – also z.B. Autokonzerne?

Die deutschen Autohersteller_Innen sind die größten Gegner_Innen eines kostenlosen Nahverkehrs in Deutschland, denn sie würden dadurch weniger Autos verkaufen und Profit verlieren. Sie werden uns deshalb auch nicht freiwillig das Cash geben, um mehr Züge zu kaufen, noch werden sie sagen: „Gut, bauen wir halt nur noch Busse." – denn das wirft zu wenig Gewinn ab. Also müssen wir uns eben als Jugendliche und Arbeiter_Innen das Geld von VW und Co. nehmen und selbst die Produktion umstellen.

Station 2: Gewerkschaften

Es ist also klar, dass hier Arbeiter_Innen unmittelbar gegen die Interessen der Kapitalist_Innen kämpfen – und dafür auch erst mal begeistert werden müssten. Das Werkzeug, mit dem Arbeiter_Innen die direktesten Interessen gegen ihre Bosse durchzusetzen versuchen, sind Gewerkschaften. Sie organisieren Arbeitskämpfe und Streiks, um z.B. einen höheren Lohn durchzusetzen – soweit nichts Neues.

Die Beschäftigten des Nahverkehrs sind in Deutschland in 3 unterschiedlichen Gewerkschaften organisiert: EVG (Eisenbahn-und Verkehrsgewerkschaft), GdL (Gewerkschaft deutscher Lokomotivführer) und ver.di (Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft). Alle drei treten derzeit für einen besser ausgebauten Nahverkehr mit mehr Personal und zu besseren Löhnen ein, auch wollen sie, dass Nahverkehr billiger wird und so mehr Leute Bus und Bahn nutzen – kurz die Gewerkschaften sind richtigerweise auf den Umweltzug aufgesprungen. Demgegenüber vertritt die IG Metall zum allergrößten Teil Beschäftigte der Autobranche – und stellt sich stramm hinter das Auto.

Leider ist es so, dass
alle großen Gewerkschaftsführungen in Deutschland den Bossen viel näher stehen als den Beschäftigten. Sie sichern so ihre privilegierte Stellung innerhalb des Kapitalismus (ob aus gutem Glauben ans System, aus Boshaftigkeit oder aus der Dummheit, den Kampf diplomatisch statt offensiv führen zu wollen). Sie kontrollieren Arbeitskämpfe von oben herab und würden es schon gar nicht zulassen, dass Arbeiter_Innen mal eben selbst VW übernehmen und für die Verkehrswende blechen lassen. Aber genau hier gibt es einen möglichen Bruchpunkt zwischen Gewerkschaftsführungen und Basismitgliedern.

Station 3: Übergangsforderungen

Diesen Bruchpunkt zu
provozieren, das ist die Aufgabe von revolutionären Jugendlichen und Arbeiter_Innen, die von der Gewerkschaftsführung abgefuckt sind, weil sie z.B. Arbeitskämpfe verraten oder wie jetzt in Zeiten von Corona den Lohnverzicht mitgestalten.

Um diesen Bruchpunkt
nun aber zu provozieren und die politische Selbstständigkeit von Arbeiter_Innen zu erhöhen, müssen die richtigen Forderungen vorgeschlagen werden.

Beispiele:

– Die
Gewerkschaftsführungen wollen den Streik im Nahverkehr abwürgen? – Nix da, die Beschäftigten sollten sich in Streikkomitees selbst ihre Führung wählen und demokratisch entscheiden, für was wie lange gestreikt wird und selbst die Kampfaktionen bestimmen und umsetzen!

– Die
Gewerkschaftschaftsführung sagt, die klimaschädliche Kohleproduktion hat nichts mit dem Nahverkehr zu tun? – Von wegen! Die branchenspezifische und nationalstaatliche Aufsplittung der

Gewerkschaften ist ein Hindernis im gemeinsamen Kampf. Hinter der Verkehrswende stehen jedoch nicht nur die Verkehrswege sondern auch die Produktion der Fahrzeuge, der von ihnen benötigten Energie als auch grundlegende Fragen wie die Nutzung des öffentlichen urbanen Raumes oder der Gegensatz von Stadt und Land. Auch sind die Verkehrsnetze europaweit und international bereits so stark miteinander verknüpft, dass wir dem Nationalismus der Gewerkschaftsfunktionäre unsere internationale Solidarität entgegensetzen müssen. Was heißt das? Zum Beispiel Solidaritätskundgebungen mit Arbeitskämpfen in anderen Ländern durchzuführen und internationale Produktions- und Arbeitsstandards sowie kostenlose Umschulungsmaßnahmen in klimaschädlichen Wirtschaftszeigen durch Organe der Arbeiter_Innenbewegung festzulegen und zu kontrollieren.

– Die Autoindustrie ist
in der Krise und streicht Jobs? – Nix da, mit einem von den Arbeiter_Innen organisierten Streik soll erkämpft werden, dass niemand entlassen wird, alle denselben höchstmöglichen Lohn kriegen, die vorhandene Arbeit auf alle aufgeteilt wird (Arbeitszeitverkürzung) und eine Umstellung der Produktion weg vom Auto unter demokratischer Kontrolle der Beschäftigten passiert – und zwar schön auf den Nacken der Bosse und Aktionär_Innen. Ach, das wollen die nicht? Gut, dann wird der Laden eben entschädigungslos enteignet und durch die Arbeiter_Innenkontrolle weitergeführt.

Diese Forderungen
wirken also eskalierend im Klassenkampf zwischen Arbeiter_Innen und Kapitalist_Innen. Sie sollen das politische Bewusstsein, Organisation und Kampfstärke der Arbeiter_Innen erhöhen und sie darauf vorbereiten, selbst die gesellschaftliche Macht zu übernehmen. Übergangsforderungen heißen solche, die bei ihrer Umsetzung einen dauerhaften Konflikt mit dem Kapitalismus hervorrufen. Für die Bosse ist es unhaltbar, dass die Beschäftigten ein Vetorecht über die Produktion und damit über den Profit bekommen. Dieser Konflikt wird

sich nur dadurch lösen, dass die Arbeiter_Innen und Unterdrückten (dazu gehört auch die Jugend) entweder von den Bossen und der Polizei besiegt werden – also die Arbeiter_Innenkontrolle zerbrochen wird – oder die Arbeiter_Innen weitergehen und die politische Macht übernehmen.

Station 4: Revolution

Hier kämen wir dann
zur Frage der Revolution. Haben sich Jugendliche, Arbeiter_Innen und Unterdrückte zumindest in den großen Industrien und Städten – nicht zuletzt auch im Verkehrssektor, da hatten wir ja begonnen – selbst organisiert? Sind aus Streikkomitees und Arbeiter_Innenkontrolle Räte erwachsen und in einem Zentralrat vereinheitlicht? Hat diese Struktur eine eigene Verteidigung, eine demokratische Miliz? Und wissen obendrein die Bosse und Regierung nicht mehr weiter, sind sie unfähig die grundlegendsten Bedürfnisse der Gesellschaft zu stillen und sind wir deshalb sowieso schon gezwungen, unsere eigene Versorgung selbst zu sichern? Dann stellt sich ganz offen die Machtfrage. Dann ist die Zeit reif, den bürgerlichen Staat zu zerschlagen, die Bosse umfassend zu enteignen und die demokratischen Strukturen der Arbeiter_Innen als alleinige Macht zu etablieren. Diese Arbeiter_Innenregierung müsste dazu übergehen, eine demokratische Planwirtschaft aufzubauen, wozu eben auch gehören würde, den Autoverkehr zurückzudrängen, den Nahverkehr bestimmt durch Pendler_Innen, Verkehrsarbeiter_Innen und Jugendlichen auszubauen und ihn natürlich auch kostenlos zu machen (wenn wir das nicht schon früher erreicht haben…)!

Ankunft: Anschluss verpasst? Der Zug, die Umwelt zu retten, ist noch nicht abgefahren! Den Fahrplan findest du auf onesolutionrevolution.de/programm

Defender 2020 abgesagt, aber der Kampf gegen Militarismus geht weiter!

Florian Schwerdtfeger

Ein
Gutes hat die Corona-Pandemie doch: Der größte Truppenübung gegen Russland seit 25 Jahren musste abgesagt werden. „Defender 2020“ hieß die militärische Giga-Übung der NATO. Gar nichts davon mitbekommen? Kein Wunder, während die Bundesregierung versucht hat, keinen großen Wirbel um das Thema aufkommen zu lassen, haben antimilitaristische Linke und Friedensbewegungen es nicht geschafft, eine größere gesellschaftliche Protestdynamik um das Thema herum zu entwickeln. Die Linkspartei hat es zu einem Lippenbekenntnis gebracht und das Manöver kritisiert. In einigen Städten gab es Demonstrationen. Aber eine groß angelegte Mobilisierung gegen Defender gab es nicht. Was die Kriegsgegner_innen nicht geschafft haben, hat nun ein Virus erledigt: „Defender 2020“ wurde abgesagt.

Doch
was war eigentlich geplant? Das NATO-Manöver sollte nicht nur die letzten großen Übungen der NATO übertrumpfen, wie z.B. das Kampfmanöver in Norwegen 2018, sondern sollte auch das größte seit dem Kalten Krieg werden. Dabei sollte trainiert werden, wie schnell Truppen und Material aus den USA in das Baltikum und Polen verlegt werden können, was zufälligerweise strategisch wichtige Orte in einem Krieg gegen den traditionellen Erzfeind Russland wären. Auch wenn Generalleutnant Martin Schelleis erklärte, dass Russland nicht Anlass der Übung sein solle, ist es mehr als deutlich, dass es sich um ein Abschreckungs- und Vorbereitungsmanöver handelt.In Militärkreisen wurde von ungefähr 37.000 Soldat_Innen vorrangig aus

den USA und rund 20.000 Stück an Materialien wie Waffen und Fahrzeugen gesprochen. 5500 US-amerikanische Streitkräfte sind aufgrund der Absage der Militärübung letztlich nur gekommen und sollen nun wieder rückgeführt werden.

Auch die deutsche Verteidigungsministerin AKK hatte sich schon darauf gefreut, kräftig mitzumischen. Neben der Beteiligung einiger tausend Bundeswehrsoldat_Innen wollte Deutschland seine geostrategische Position vor allem zur zentralen Verkehrsdrehschreibe und zum militärischen Logistikzentrum ausbauen. Dieses Vorgehen beruht ganz auf der neuen Doktrin, die in den letzten Jahren von Bundespräsident und Verteidigungsministerium ausgegeben wurden: Schluss mit der „Kultur der militärischen Zurückhaltung", Deutschland müsse „mehr Verantwortung auf der Weltbühne übernehmen". Nach der letzten Wirtschaftskrise hat sich der Kampf unter den führenden imperialistischen Mächten um das größte Stück eines kleiner werdenden Kuchens verschärft. Der Ton ist rauer geworden, multilaterale Abkommen wurden aufgekündigt. Zwischen den USA und China entbrennt ein Handelskrieg, der auch die EU in die Auseinandersetzung hineingezogen hat. Im syrischen Bürger_Innenkrieg, schon lange ein Stellvertreter_Innenkrieg, kommt es zu direkten militärischen Konfrontationen zwischen Russland und der NATO-Partnerin Türkei. Auch das deutsche Kapital bangt nun um seinen Platz an der Sonne und greift zu zunehmend aggressiveren Methoden.

Über
2,5 Millionen Euro hat die Bundesregierung allein für die deutsche Beteiligung klar gemacht. Wie viele Corona-Test-Kits, Beatmungsgeräte oder Lohnerhöhungen für schwer arbeitende Pflegekräfte auf den Intensivstationen hätte man damit wohl finanzieren können? Der Bundesregierung scheint die militärische Absicherung deutscher Profitinteressen wohl wichtiger zu sein als die Rettung von Menschenleben. Mal abgesehen von der massiven Klimabelastung, die entsteht, wenn zehntausende Soldat_Innen und tausende Tonnen von Panzern und Kriegsgerät über den halben Erdball transportiert werden. Wie viele Steuergelder werden allgemein verbrannt, zuerst um

überhaupt ein Militär auf die Beine zu stellen, es zu unterhalten und dann auch noch um die Infrastruktur der Länder wieder Instand zu setzen, weil die Transporte die Straßen und Schienen, mehr belasten als der übliche Verkehr?

Als kommunistische Jugendorganisation treten wir für die Entwaffnung und Abschaffung aller Armeen und Heere von kapitalistischen Staaten ein. Ihre Funktion ist es, die wirtschaftlichen und geostrategischen Interessen von kapitalistischen Nationalstaaten auf brutale und mörderische Art und Weise zu verteidigen. Diese Interessen sind nicht die unseren, da nicht Volk und Vaterland, sondern allein die internationale Solidarität der Unterdrückten und Ausgebeuteten uns befreien kann. Die Arbeiter_Innenklasse und besonders die Jugend sind die ersten, die im Kriegsfall hungern müssen und die an die Front zum Sterben geschickt werden. Dadurch liegt es aber auch in ihrer Macht den Krieg zu beenden, so wie es die Kieler Matrosen im 1. Weltkrieg getan haben.

Obwohl die NATO-Manöver eine Aggression gegenüber Russland darstellen, dürfen wir nicht in die Falle tappen, in Putin den großen antiimperialistischen Helden zu sehen. Stalinistische Organisationen wie die SDAJ oder DKP vertreten eine solche Position. Für uns stellt das Russland von heute jedoch eine ebenso imperialistische Macht dar, wie es die USA, Deutschland oder Großbritannien sind. Wir vertreten in Kriegen eine Position, welche darauf abzielt, jene Handlungen zu unterstützen und zu fordern, welche die Welt näher an das Ziel der sozialistischen Revolution bringen. Das heißt, dass wir im Falle eines Krieges zwischen NATO und Russland für die Niederlage beider imperialistischer Mächte (bzw. Militärbündnisse) eintreten, um den Kampf der Nationen in einen Kampf der Klassen umzuformen. Dies tun wir, weil bei einer Niederlage die Klassenwidersprüche in der entsprechenden Nation zugespitzt werden und die Illusion der nationalen Einheit von Unternehmer_Innen und Arbeiter_Innen

zerbricht. Denn keine imperialistische Macht soll Siegerin über die andere sein, sondern die unterdrückten Massen müssen die Schwäche der Kapitalist_Innen im Kriegsfall ausnutzen, um sich von der Unterdrückung zu befreien und eine sozialistische Rätedemokratie aufzubauen.

Praktisch
heißt das für uns, jegliche Militarisierung in Deutschland immer und überall zu bekämpfen. Das kann heißen, Großdemos zu organisieren, wenn ein neuer Militäretat anstelle eines Ausbaus der Krankenhäuser beschlossen wird. Das muss aber auch heißen, dort wo wir uns tagtäglich bewegen, also in unseren Schulen, Unis und Betrieben, für Antimilitarismus einzutreten. Wenn der Geschichtslehrer mal wieder von der einstigen Stärke der deutschen Wehrmacht schwärmt, sollten wir unseren Mund aufmachen und Kontra geben! Kommt das nächste Mal ein Bundeswehroffizier in den Ethikunterricht, um fürs Sterben zu werben, könnten wir Blockadeaktionen oder Flashmobs organisieren. Antimilitarismus hat viele Gesichter aber ein Motto: Nie wieder Krieg!

Crash, Kürzung und Corona

Christian Mayer & Felix Ruga

Nachdem die
Kursverläufe an der Börse in den letzten Jahren vergleichsweise stabil verlaufen sind, brechen sie seit ca. einem Monat weltweit rapide ein. Und spätestens mit der Ausbreitung des Corona-Virus‘ zur Pandemie wird die globale Krise immer greifbarer. Doch betrachtet man zentrale Wirtschaftszweige in Deutschland wie Autos oder Chemie, war es nur eine Frage der Zeit, denn der Niedergang war dort schon in

vollem Gange.

Was zuvor geschah:
Die deutsche Industrie baut auch ohne Virus ab.

In den letzten sechs Monaten wurden von verschiedenen mittelgroßen bis großen Unternehmen Stellenabbau und Sparprogramme angekündigt, nachdem ständig das Wirtschaftswachstum nach unten korrigiert wurde und sich überall die Sorge um eine kränkelnde Industrie breit machte. Hauptsächlich kündigten die großen Autobauer diese Sparprogramme an, die sehr harte Einschnitte bei der Belegschaft darstellen. Egal ob nun VW, Daimler, Audi oder auch Zulieferer wie Bosch, Continental, Mahle, Brose; ja sogar der Chemiekonzern BASF hat Personalabbau von insgesamt mehreren 10.000 Beschäftigten angekündigt.

Die offiziellen Begründungen seitens der Kapitalist_Innen waren damals zumindest in der Automobilindustrie immer dieselben: Neben den Altlasten des „Abgasskandals“ müsse man auf die aktuellen Entwicklungen des Weltmarktes reagieren, bzw. Geld für die bevorstehende „Transformation“ beiseitelegen. Mit „Transformation“ ist hier die Umstellung auf E-Mobilität gemeint, wie auch die Einführung von Industrie 4.0 im Zuge einer weiter voranschreitenden Digitalisierung der Produktionsprozesse. Laut Studien werden mehrere 100.000 Arbeitsplätze allein durch die Einführung vollständig automatisierter Fertigungsprozesse überflüssig, die ohne menschliches Zutun auf Basis der Nutzung von künstlicher Intelligenz ablaufen und bei der die Maschinen mittels Datennetzen miteinander kommunizieren. Nichts anderes bedeutet die Einführung von Industrie 4.0: Es wird ein riesiges Heer an Arbeitskräften freigesetzt, die alle auf den Arbeitsmarkt drängen und nach Ersatzbeschäftigungen suchen. Diese kann aber das bestehende System nicht anbieten, da mögliche Umschulungsprogramme aus Kostengründen abgelehnt werden.

In den letzten 10

Jahren, also seit der letzten großen Finanzkrise, hat sich die Weltwirtschaft sehr unterschiedlich entwickelt.
Zwar konnten sich große Binnenwirtschaften wie die der USA wieder erholen und Länder wie China verzeichnen seit Jahren ein permanent hohes Wirtschaftswachstum. Allerdings konnten andere Wirtschaftsräume wie die EU kaum bis gar kein Wachstum erzielen, die gegenteilige Entwicklung ist der Fall. Auch Lateinamerika, das eine Zeit lang der Hoffnungsträger für die positive Entwicklung der Weltwirtschaft war, steckt seit Jahren in einer zunehmenden Krise fest. Allein Staaten wie Venezuela oder auch Argentinien stehen am Rande des Staatsbankrotts mit noch nicht absehbaren Folgen für die lokale wie auch die Weltwirtschaft und das trotz eines Freihandelsabkommens zwischen den Staaten des Mercosur-Raumes und der EU. Dies wurde noch mit einem beschleunigenden Niedergang an den Rohstoffmärkten verstärkt. Vor allem der Ölpreis fiel schon seit letztem September im Zuge fehlgeschlagener Verhandlungen zwischen den ölfördernden Ländern rapide und man sprach schon von einer neuen Ölkrise. Dies stellt eine existentielle Bedrohung für die Länder dar, die von dessen Förderung abhängig sind. Hinzu kommen auch die nach wie vor unklaren Auswirkungen des Brexits, bei dem die Feinarbeiten an der Entflechtung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen den EU-Staaten und Großbritannien erst begonnen haben.

Die
Corona-Pandemie ist also letztlich nur ein Auslöser aber nicht die Ursache der Wirtschaftskrise. Diese liegt weitaus tiefer in der kapitalistischen Produktionsweise selber. 2007/2008 ist sie in eine tiefe Absatzkrise geraten, sodass die Produktivität und die Investitionen massiv gesunken sind. Diese Krisenursachen wurden jedoch nicht behoben, sondern nur durch Niedrigzinspolitik und riesige Bankenrettungspakete abgefedert und das hat bis heute destabilisierende Auswirkungen auf die Wirtschaft, indem sich zum Beispiel durch Spekulation in einigen Sektoren große Blasen bilden.

Und dann auch noch

Corona

In diese Schwächelage
hat nun Anfang diesen Jahres ein weiterer Faktor die Karten neu gemischt: das Corona-Virus. Die Auswirkungen und dabei vor allem die notwendigen Maßnahmen zur Eindämmung der Verbreitung sorgen seitdem dafür, dass die so empfindliche globalisierte Marktwirtschaft
vollends crasht. Wir sollten
uns jedoch nichts vormachen: Die Quarantänemaßnahmen, die in vielen kapitalistischen Staaten beschlossen wurde, sind nicht aus Menschenliebe passiert. Vielmehr drücken sie Kalkulationen des Kapitals aus, dass eine ungehemmte Ausbreitung der Pandemie die Wirtschaft mehr kosten würde, als es aktuellen Schutzmaßnahmen tun. Das ewige Hinundher und das lange Zögern der bürgerlichen Regierungen widerspiegeln diesen Abwägungsprozess, der darüber hinaus auch schnell zu anderen Resultaten kommen kann.

Die Rezession hat sich
jedoch schon vor der Pandemie abgezeichnet: China als Lokomotive des Weltmarktes wurde als erstes in der Millionenstadt Wuhan getroffen und hat Ende Januar begonnen, riesige Gebiete vom Verkehr abzuriegeln und mit Essen und medizinisch zu versorgen, was sowohl Kapital als auch Arbeitskraft band. Das öffentliche Leben vor Ort kam durch Ausgangssperren zum erliegen und in ganz China wurden Wirtschaftsabläufe gestört und teilweise heruntergefahren, wenn deren Produktion mit den abgeriegelten Gebieten zusammenhing. Dadurch sank zunächst der Ausstoß und bald auch die Nachfrage des chinesischen Marktes und damit kamen auch weltweite Produktions- und Lieferketten zum Erliegen. Ironischer Weise kann etwa das Organisieren von Nachschub für Atemschutzmasken schwieriger sein, da diese überwiegend in China produziert werden. Auch Apple spürte die ersten Auswirkungen schon damals, da z.B. der Elektronik-Riese Foxconn ebenfalls überwiegend in China produzieren lässt und Apple mit massenhaft Teilen beliefert. Daher wurde auch der Produktionsbeginn für ein neues Smartphone um Monate verschoben.

Gerade anhand der Ausfälle in der Produktion kann man sehr gut sehen, wie stark die Abhängigkeit von China als Produktionsstandort weltweit geworden ist.

Diese Belastung wurde selbstverständlich ungleich verstärkt, indem sich Covid-19 von einer lokalen Massenerkrankung zur Pandemie entwickelt hat und nun vor allem Europa und die USA betrifft. Dadurch bricht nun Panik aus, jedes Land fährt einen nationalen Alleingang und die Grenzen werden dicht gemacht. Dies blockiert nun auch hier die Produktions- und Lieferketten. Dazu werden wie auch in China heftige und sehr autoritäre Einschränkungen des öffentlichen Lebens wie Ausgangssperren und Zwangsschließungen öffentlicher Treffpunkte verordnet. Zwar werden die meisten Industriestandorte nicht zwangsgeschlossen, doch aus Gewinneinbrüchen fahren Stück für Stück alle großen Betriebe runter: Zunächst die Flug- und Reiseunternehmen, nun auch die Autoindustrie, Zulieferer, Chemieunternehmen und weite Teile der restlichen Industrie. Wenige schaffen es, dann doch noch mit der Krise ihre Profite zu machen: Trigema macht jetzt Atemschutzmasken, BASF Desinfektionsmittel, Maschinenbauunternehmen wechseln zu Beatmungsgeräten. Selbstverständlich ist das bloß ein Tropfen auf den heißen Stein, die deutsche Industrie hat momentan nichts zu lachen und die Börsen befinden sich auch im freien Fall. Wie tief der Fall wird, kann natürlich niemand voraussehen.

Wie die Staaten reagieren und was wir machen müssen!

Die staatlichen Hilfsmaßnahmen für das nationale Kapital sind dabei weitestgehend ausgereizt: Der Leitzins kann nicht mehr gedrückt, die Steuern für’s Kapital kaum noch herabgesenkt werden. Klar ist, dass die Unternehmen versuchen werden, die Kosten der Krise auf die Arbeiter_Innenklasse abzuladen. Wenn wir keinen Widerstand organisieren, warten also massive Entlassungswellen, prekäre Beschäftigungsverhältnisse, Sozialkürzungen und der weitere Abbau öffentlicher Dienstleistungen auf

uns.

Ebenso
werden die kapitalistischen Staaten, die zur Eindämmung der Pandemie dringend nötigen Einschränkungen von Produktion und öffentlichem Leben nicht solange aufrechterhalten können, wie es aus medizinischer Sicht notwendig wäre. Kein kapitalistischer Staat kann über mehrere Monate oder gar Jahre hinweg mit einem so niedrigen Produktionsniveau überleben. Da im Kapitalismus Profite mehr als Menschenleben zählen, werden die Infektionsschutzmaßnahmen spätestens dann zurückgefahren, wenn sie für die Kapitale zu teuer werden. Und, wenn ein Staat beginnt die Wirtschaft wieder hochzufahren, müssen die anderen nachziehen, da ein derartiger Konkurrenznachteil ihr volkswirtschaftliches Todesurteil bedeuten könnte. Es warten also nicht nur massive soziale Angriffe, sondern auch ein tausendfaches Sterben auf uns.

Eine
internationale sozialistische Planwirtschaft könnte dagegen über längere Zeit hinweg mit dem rein gesellschaftserhaltenden Produktionsniveau überleben, da es in ihr ja keinen konkurrenzbedingten Zwang zur Profitmaximierung gibt. Ebenso wäre sie weitaus schneller und effektiver in der Lage, die Produktion auf die dringend notwendigen Güter wie Beatmungsgeräte, Desinfektionsmittel, Atemschutzmasken etc. umzustellen. Es gäbe genug Intensivbetten für alle, da das Gesundheitssystem als gesellschaftliche Aufgabe verstanden wird, in der Sparmaßnahmen, Privatisierungen, Pflegemangel oder Fallpauschalen keinen Sinn ergeben. Auch die ökonomische Existenz eines jeden Menschen wäre gesichert, da niemand um seinen_ihren Arbeitsplatz oder seine_ihre Miete fürchten müsste. Da es auch keine nationale Abschottung und Konkurrenz um das Patent für Impfstoffe gäbe, wäre auch (im Gegensatz zu den aktuellen nationalen Alleingängen) ein koordiniertes internationales Vorgehen gegen die Pandemie möglich.

Der Kampf für ein anderes Wirtschafts- und Gesellschaftssystem beginnt

damit, dass wir uns den geplanten Angriffen auf unsere Klasse entgegenstellen. Die Gewerkschaften und Arbeiter_Innenparteien sind dagegen aktuell eher auf nationalistischen Kuschelkurs mit dem Kapital aus. Aus den Reihen der Linkspartei wurde geäußert, dass es aktuell „nicht die Zeit für Oppositionspolitik“ sei. Wir Arbeiter_innen, Jugendliche und Migrant_innen müssen unsere Interessenvertretungen durch eigene Forderungen unter Druck setzen und selber die Initiative ergreifen, wenn wir das Schlimmste verhindern wollen. Wir fordern:

- Keine Entlassungen während der Pandemie! Volle Lohnfortzahlung aus den Profiten der Kapitalist_Innen!
- In Berufen, die die gesellschaftliche Grundversorgung garantieren, müssen die Arbeiter_Innen ausreichenden Arbeitsschutz, Arbeitszeitverkürzungen und massive Lohnerhöhungen erhalten!
- In allen Berufen 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn und Personalausgleich!
- Kostenlose Test-Kits, Atemschutzmasken, Desinfektionsmittel, Seife und Handschuhe für alle! Die dafür notwendigen Fabriken müssen sofort entschädigungslos enteignet und unter Kontrolle der Beschäftigten gestellt werden, um die Produktion auf die notwendigen Güter umzustellen. Für Beatmungsgeräte statt SUVs!
- Verstaatlichung aller Kliniken, Pharmakonzerne, Forschungsinstitute und Labore!
- Für offene Grenzen, um auch Menschen aus anderen Ländern vor Corona retten zu können!
- Corona war nur Auslöser der Krise, nicht die Ursache! Das Problem liegt im kapitalistischen System!

Corona-Gefahr: Gewerkschaften müssen handeln!

Wir teilen hier die Stellungnahme der Vernetzung für kämpferische Gewerkschaften, an deren Konferenz wir im Januar teilnahmen. Siehe dazu hier:

http://www.vernetzung.org

http://onesolutionrevolution.de/strategiekonferenz-kaempferischer-gewerkschafter_innen/

Sofortmaßnahmen im Interesse der abhängig Beschäftigten!

Die Folgen des Virus werden weltweit vor allem die arbeitenden Klassen treffen: diejenigen, die schlecht entlohnt die Pflegearbeit mit Infizierten übernehmen müssen; das Krankenhauspersonal, das unterbezahlt und schlecht ausgestattet schon vor der Pandemie weit über seine Belastungsgrenzen hinaus arbeiten musste; diejenigen Kassenpatient*innen, die in den nächsten Wochen und Monaten in diesem schlecht ausgestatteten und durch die Lage überlasteten Gesundheitswesen versorgt werden müssen; und natürlich all diejenigen, die nicht entschädigte Ausfälle oder Minderung von Einkommen haben.

Unmittelbar muss alles getan werden, um eine Ausbreitung zu verlangsamen. Unmittelbar wird von der Regierung beschlossen, Schulen, Kitas
und andere öffentlichen Einrichtungen zu schließen und Veranstaltungen abzusagen. Allerdings soll die Produktion weiterlaufen wie bisher, um dem Kapital seine Profite zu sichern. Doch die abhängig Beschäftigten werden damit
allen Risiken der Ansteckung voll ausgesetzt. Kolleg*innen in Italien sind deshalb bereits in vielen Betrieben in den Streik getreten, mit der Forderung, dass auch sie freigestellt werden.

Die Bundesregierung und die EU sind jetzt schnell mit Zusicherungen von Milliardenhilfen für die Unternehmen aufgrund wirtschaftlicher Einbußen bei der Hand. Sie handeln auch angesichts einer drohenden weiteren Ausbreitung des Virus und möglichen weiteren Toten – wie immer – im Interesse von Banken und Konzernen.

Jetzt müssen die Gewerkschaften klare Forderungen stellen, um die Beschäftigten vor den Auswirkungen einer Epidemie und neben den gesundheitlichen Folgen auch vor Lohnverlust, Arbeitsplatzverlust und sonstigen wirtschaftlichen Schäden wie fehlende Einzahlungen in die Sozialversicherungen zu schützen! Der Druck muss unmittelbar auf die Regierung aufgebaut werden. Die Gewerkschaften müssen, wenn nötig Streikmaßnahmen durchführen.

Wir, die Vernetzung für kämpferische Gewerkschaften (VKG), schlagen folgende Forderungen vor:

- Sofortige vorübergehende Schließung nicht nur aller Bildungseinrichtungen sondern auch aller Betriebe mit Ausnahme derjenigen, die für die lebensnotwendigen Versorgungsabläufe gebraucht werden.
- Gesellschaftlich sinnvoller Plan, auf welche Produktion (Lebensmittel, Schutzkleidung Medikamente…) und Dienstleistungen (Pflege, Medizin, Feuerwehr, Transport…) in den nächsten Wochen nicht verzichtet werden kann oder die noch ausgebaut werden müssen, wie zum Beispiel neue oder wieder geöffnete Krankenhäuser
- Entscheidung über diese Maßnahmen durch demokratisch gewählten Gremien aus Vertreter*innen aus Belegschaften, Gewerkschaften, Mediziner*innen, die rechenschaftspflichtig sein müssen
- Anstatt Sonderurlaub oder Kurzarbeitergeld: Freistellung bei voller

Lohnfortzahlung für den gesamten Zeitraum

- Sonderfonds für Ausgleichszahlungen an Scheinselbständige und Beschäftigte mit Stundenverträgen für alle Verdienstausfälle. Niemand darf aufgrund der aktuellen Situation in eine Notlage geraten!
- Für Beschäftigte, die in dieser Zeit eine gesellschaftlich notwendige Arbeit verrichten müssen, Bereitstellung von Not-Kinderbetreuung und einen Sonderzuschlag, insbesondere bei viel Kontakt mit der Öffentlichkeit (z.B. in Supermärkten).
- Für Beschäftigte in medizinischen Einrichtungen: Wahlweise 70% Lohnaufschlag oder Abfeiern der Sonderschichten.
- Für Beschäftigte, die aufgrund ihrer Tätigkeit besonders viel Kontakt mit Menschen haben: Bereitstellung aller erforderlichen Schutzmaßnahmen wie Desinfektionsmittel, Schutzkleidung besonders in den medizinischen Einrichtungen.
- Zentrale Beschaffung von Schutzausrüstungen
- Sofortige Beschlagnahme notwendiger Medikamente, Beatmungsgeräte und Schutzausrüstung von den Konzernen
- Sofortige Millionärs- und Milliardärsabgabe zur Finanzierung eines Notprogramms
- Als Lehre aus dieser Virus-Krise: breite Kampagne aller DGB-Gewerkschaften – unter Einbeziehung von Streikmaßnahmen – für Milliardeninvestitionen ins Gesundheitssystem, ein Ende des Fallpauschalensystems, medizinische Einrichtungen müssen die tatsächlichen Kosten medizinisch sinnvoller Maßnahmen erstattet bekommen.
- Überführung aller einschlägigen Einrichtungen in die Öffentliche Hand (z. B. Rekommunalisierung der Krankenhäuser) unter Kontrolle der dort Beschäftigten und der Öffentlichkeit. Bis zur Umsetzung dessen dürfen Krankenhäuser keine Profite ausschütten. Alle von den Krankenkassen überwiesenen Gelder müssen für das Wohl der

Patientinnen
und Patienten eingesetzt werden.

- Gesetzliche Personalbemessung nach Bedarf! Massive Aufwertung der Krankenpflege-Berufe. Als ersten Schritt sollen alle Pflegeberufe um
  500 Euro pro Monat aufgewertet werden. Bessere Bezahlung von Pflegekräften ist der wichtigste Baustein, um den Pflegenotstand zu beenden!
- Arbeitsplätze verteidigen: Verstaatlichung von Betrieben, die entlassen wollen, unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der arbeitenden Bevölkerung, um die Produktion gesellschaftlich sinnvoll planen zu können.
- Internationale Solidarität: Für internationale Kooperation und gegenseitige Unterstützung im Kampf gegen Corona, keine Profite mit
  Impfstoffen und Medikamenten gegen Corona.
- Pharmakonzerne in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung durch die arbeitende Bevölkerung
- Hilfe für Menschen in Not organisieren: Sofortige Hilfe für die Geflüchteten an der griechischen Grenze, sichere Fluchtwege, Aufnahme in
  Deutschland und in der EU. Wiederherstellung bzw Ausweitung des Asylrechts.
- Schutz vor Folgen und für die nächsten Monate: konsequenter Kampf für den Erhalt aller Arbeitsplätze und Einkommen durch die Gewerkschaften, nicht die Beschäftigten dürfen für die Krise zahlen!

Bringt Forderungen wie diese in den Betrieben und gewerkschaftlichen Gremien ein. Kontaktiert die VKG,
wenn ihr euch mit anderen Kolleg*innen zusammen schließen wollt, um gemeinsam dafür zu sorgen, dass Druck in diese Richtung aufgebaut wird.

Das Flugblatt mit diesem Text könnt Ihr Euch hier herunterladen und ausdrucken: https://www.vernetzung.org/wp-content/uploads/2020/03/Corona-Flugi-VKG.pdf

Corona-Pandemie: 4 Fragen und 4 revolutionäre Antworten!

Kein Thema hat in letzter Zeit unsere Gespräche, Gedanken und Social Media Feeds so geprägt wie das neuartige Coronavirus / Sars-CoV-2, kurz: Corona. Weltweit ist bereits eine Viertelmillion Menschen an dem Virus erkrankt, wovon bisher etwas fast 12.000 (Stand 21.3.) Menschen sterben mussten. Europa ist, nachdem in China die Zahl von Neuinfektionen wieder leicht rückgängig ist, zum neuen Zentrum der Pandemie geworden. Nachdem die Zahl von Infizierten in Italien blitzartig in die Höhe schoss, ist ein ähnlich steiler Anstieg auch in Deutschland zu beobachten. Vor einigen Tagen meldete sich nun auch Kanzlerin Angela Merkel in einer Fernsehansprache zu Wort: Die Rede war vor allem vom Zusammenhalten, von Vertrauen und von Geduld. Man könnte sie auch so verstehen, dass wir alle schön die Klappe halten und machen sollen, was man uns sagt. Das würde nämlich bedeuten, dass wir stillschweigend hinnehmen, wie deutsche Banken und Unternehmen durch Milliardenkredite gerettet werden, während wir durch Entlassungen, Kurzarbeiter_Innengeld und Grundrechtseinschränkungen die Kosten dessen tragen sollen. Aber ist in der aktuellen Krisensituation der richtige Zeitpunkt für Widerstand? Diese und andere Fragen wollen wir hier beantworten.

Sollten wir nicht gerade jetzt in der Krise zusammenhalten und Kritik hinten anstellen?

Zusammenhalten sollten wir auf jeden
Fall, denn die aktuell stattfindenden Einschränkungen im
öffentlichen Leben und die permanente Angst, sich anzustecken, sind
für uns alle nicht leicht. Positiv sind in diesem Zusammenhang die
an vielen Orten entstehenden Nachbarschaftsinitiativen zur
Lebensmittelversorgung. Hierbei muss aber klar angeprangert werden,

dass diese vor allem deshalb notwendig werden, weil der Staat in dieser Versorgungsaufgabe versagt.

Die Frage ist für uns, mit wem wir zusammenhalten. Sicherlich nicht mit den Bossen, die unsere Löhne kürzen, uns entlassen oder uns auf der Arbeit mit schlechten Schutzmaßnahmen einem erhöhten Infektionsrisiko aussetzen. Bestimmte Beschäftigungsverhältnisse wie Scheinselbstständigkeit, Stunden- oder Projektverträge und Angestellte im Gastro- und Kulturbetrieb sind aktuell besonders hart betroffen. Während wir uns also fragen, wie wir unsere Miete bezahlen sollen, versuchen die Unternehmer_Innen ihre getätigten Investitionen noch irgendwie ins Trockene zu bringen und uns die Kosten dafür zahlen zu lassen. Für sich können sie auch nur im kleinsten Verdachtsfall auf ein weiches Intensivbett in einer Privatklinik mit ausgewiesenem Fachpersonal vertrauen, während wir und insbesondere ältere Menschen und Menschen mit Vorerkrankungen das Hauptrisiko tragen.

Die Bundesregierung setzt in ihren Krisenmaßnahmen vor allem die Interessen der Kapitalist_innen um. Während Schulen, Unis, Kindergärten, Theater, Clubs, Bars, Museen und Schwimmbäder geschlossen bleiben, müssen vor allem die Leute (trotz Infektionsrisiko) an den zentralen Wirtschaftsstandorten weiterarbeiten. Dass in der Autoindustrie kaum noch mehr gearbeitet wird, ist viel mehr Folge des Absatzeinbruchs als von Gesundheitsmaßnahmen.

Ebenso auch Beschäftigte im öffentlichen Dienst, die die Grundversorgung einer Gesellschaft durch Pflege, Erziehung, Infrastruktur und Lebensmittelhandel sicherstellen. Für sie hat Merkel ganz viel Danke und Applaus übrig, doch davon kann sich niemand etwas kaufen. Während Gesundheitsminister Jens Spahn uns lange erzählt hat, dass das deutsche Gesundheitssystem bestens auf eine Corona-Pandemie vorbereitet sei, sehen wir nun, wie überfordert es ist. Kein Wunder, denn jahrelang wurden die Krankenhäuser kaputtgespart und privatisiert. Der erzeugte Personalmangel in der Pflege wurde zusätzlich befeuert durch Unterbezahlung, Ausbeutung

und Auslagerung von Beschäftigtengruppen an Dienstleistungsunternehmen, um Tarifverträge zu umgehen. Und zwar nicht nur in Deutschland, auch in Südeuropa waren deutsche Politiker_Innen im Zuge der Euro-Krise ganz vorne mit dabei, durch erzwungene Sparmaßnahmen die lokalen Gesundheitssysteme zu zerstören. Dafür verantwortliche Politiker_Innen und die Bildzeitung versuchen nun, der Öffentlichkeit die Schuld zuzuschieben, um die eigene Verantwortung an dieser katastrophalen Situation unter den Teppich zu kehren. Zusammenhalten müssen also vor allem wir Jugendliche, Lohnabhängige und Migrant_Innen, und zwar über Nationalstaatsgrenzen hinweg. Unsere Kritik dürfen wir dabei nicht verschweigen, sondern müssen sie gerade jetzt durch eigene Forderungen und Maßnahmen zum Ausdruck bringen. Wenn wir keinen eigenen gesamtgesellschaftlichen Notfallplan aufstellen, wird es von der Bundesregierung nur einen Notfallplan zur Rettung der Konzerne geben.

Was wären denn sinnvolle Maßnahmen, die umgesetzt werden sollten?

Unsere Forderungen sollten sich
einerseits gegen die sozialen Angriffe richten und andererseits
wirksame Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie vorschlagen.
Zuallererst müssen wir für ein sofortiges Entlassungsverbot
eintreten. Ebenso fordern wir statt Kurzarbeiter_Innengeld (also eine
Weiterzahlung von 60 % des letzten Nettolohns durch Steuergelder)
Lohnfortzahlungen, finanziert aus den Profiten der Unternehmen.
Überall, wo es möglich ist, müssen die Leute ohne Konsequenzen von
der Arbeit freigestellt werden,
damit die Eindämmung durch soziale Distanzierung wirklich
funktioniert. In Berufen, die die gesellschaftliche
Grundversorgung garantieren, müssen die Arbeiter_Innen ausreichenden
Arbeitsschutz, Arbeitszeitverkürzungen und massive Lohnerhöhungen
erhalten. Welche Berufe für die gesamtgesellschaftliche
Grundversorgung wichtig sind, entscheiden demokratisch gewählte
Komitees aus Schulen, Unis und Betrieben und nicht die
kapitalistischen Politiker_Innen. Auch unter den erschwerten

Bedingungen können wir solche demokratischen Prozesse online möglich machen, um eine soziale Antwort auf diese Krise zu finden!

Auch müssen wir entscheiden können,
welche Grundrechtseinschränkungen uns auferlegt werden. Die Gefahr ist ganz real, dass sie zwar zum Zwecke der Eindämmung beschlossen werden, aber nur teilweise zurückgenommen werden und generell das, was „ok“ ist, verschoben wird. So wurde beispielsweise könnte in Bayern bald der Notstand ausgerufen werden und damit wäre der Einsatz der Bundeswehr im Inneren legalisiert. Dagegen zu demonstrieren ginge natürlich nicht, weil das Versammlungsrecht praktisch abgeschafft wurde. Obwohl es in der aktuellen Situation nicht sinnvoll wäre, große Massendemonstrationen abzuhalten, sollte die Regierung uns dieses Recht nicht einfach nehmen dürfen! Einschränkende Maßnahmen im öffentlichen Raum zur Eindämmung der Neuinfektionen können natürlich richtig sein, die Frage ist aber, wer diese festlegt und vor allem wer diese wieder abschafft. Wenn diese Verantwortung Seehofer und Co. zufällt, die schon vor Corona versucht haben, autoritäre Polizeistaatsmaßnahmen durchzusetzen, warum sollte man dann die Teile der Einschränkungen, die man eh schon vorhatte, nicht einfach beibehalten? Das wäre nicht das erste Mal in der Geschichte, dass die „Verteidigung gegen einen äußeren Feind“ dazu benutzt wurde, die Grundrechte der eigenen Bevölkerung dauerhaft einzuschränken. Beispiel hierfür ist der „Kampf gegen den Terror“, der schon für Kriege, Einschränkung des Asylrechts und der Spionage der eigenen Bevölkerung herhalten musste. Der beste Schutz dagegen ist es, dass wir uns als Betroffene gemeinsam mit Wissenschaftler_Innen organisieren und selbst die Menschen delegieren, die in demokratischen Krisenkomitees verbindliche Maßnahmen festlegen.

Um eine Ausbreitung des Virus‘ zu verhindern, benötigen wir sofort einen kostenlosen und freien Zugang zu Gesundheitsversorgung für alle. Ebenso müssen Test-Kits, Atemschutzmasken, Desinfektionsmittel, Seife und Handschuhe für alle kostenlos zur Verfügung gestellt werden. Die dafür

notwendigen Fabriken müssen sofort entschädigungslos enteignet und unter Kontrolle der Beschäftigten gestellt werden, um die Produktion auf die notwendigen Güter umzustellen. Statt SUVs brauchen wir halt gerade nun mal Beatmungsgeräte. Das klingt nach einem krassen Schritt, aber beispielsweise waren die kapitalistischen Regierungen mit solchen Maßnahmen während der zwei Weltkriege überhaupt nicht zimperlich, indem sie der Industrie vorgeschrieben haben, dass sie nun Munition, Waffen und Feldversorgung herstellen müssen. Neben massiven Investitionen in Forschung und Versorgung, was auch eine schnellstmögliche Anlernung und gute Bezahlung von Pflegekräfte bedeutet, müssen ebenso alle Kliniken, Pharmakonzerne, Forschungsinstitute und Labore verstaatlicht werden. Es ist sehr problematisch, dass momentan einige Forscher_Innen-Teams nebeneinander her an ähnlichen Projekt arbeiten, aber wegen des Geschäftsgeheimnisses keine vollständige Zusammenarbeit stattfindet, vor allem unter privaten Unternehmen. Die Jagd ist wild, denn wer den Impfstoff oder Schnelltest findet, wird dabei sicherlich Milliarden verdienen. Jetzt kommt es aber auf die Rettung von Menschenleben an und nicht auf Profite!

Wären diese ganzen Maßnahmen aber nicht insgesamt sehr schlecht für die Wirtschaft?

Die Corona-Krise ist nur ein
weiteres Beispiel dafür, wie die freie Marktwirtschaft nicht dazu in
der Lage ist, die dringendsten Bedürfnisse der Menschheit zu
befriedigen und dafür, wie viel effizienter und
bedürfnisorientierter eine demokratische Planwirtschaft agieren
könnte. Das Chaos des Marktes führt zur Anfälligkeit für
Zusammenbruch und Krise, so auch nun mit dem Ausbruch von Corona: Der
DAX fällt täglich ins Bodenlose, die Ölpreise sinken und die für
die deutsche Exportwirtschaft so wichtige just-in-time-Produktion
gerät durch Grenzschließungen immer weiter ins Stocken. Corona ist
dabei jedoch nur der Auslöser und nicht die Ursache der Krise. Diese
liegt weitaus tiefer in der kapitalistischen Produktionsweise selber.
2007/2008 ist sie in eine tiefe Absatzkrise geraten, sodass die
Produktivität und die Investitionen massiv gesunken sind. Diese

Krisenursachen wurden jedoch nicht behoben, sondern nur durch Niedrigzinspolitik und riesige Bankenrettungspakete abgefedert. Das Coronavirus ist nun die Nadel, die die riesige Blase gerade zum Platzen bringt. Weitere Fabrikschließungen, Massenentlassungen und Sparmaßnahmen werden bald auf der Tagesordnung stehen.

Zugleich verschärfen sich bereits aktuell die Spannungen unter den imperialistischen Ländern und Regionalmächten. Der Wettlauf um einen Corona-Impfstoff ist bereits ein Ausdruck davon. Die Volkswirtschaft, die sich am schnellsten von den Coronafolgen erholt, wird einen gewaltigen Vorteil auf dem Weltmarkt haben und für Verschiebungen im innerimperialistischen Kräfteverhältnis sorgen. Momentan scheinen die Zeichen ganz auf China zu stehen, aber auch andere Ländern setzen in diesem Kampf auf das Konzept „Herdenimmunität", also das absichtliche Krankwerdenlassen der Bevölkerung bei gleichzeitiger Überlastung des Gesundheitssystems, sodass unzählige Menschen sterben könnten. In Europa hängen prominent die Niederlande und bis vor kurzem noch Großbritannien dieser Taktik an. Die Maßnahmen, die nun doch ergriffen werden, kommen zu spät.

Ist es aber nicht gerade wichtig, die Grenzen zu schließen, um eine weitere Ausbreitung der Infektionen zu verhindern?

In der aktuellen Abschottungspolitik der kapitalistischen Staaten zeigt sich deutlich, dass ihr ganzes Gerede von Solidarität nur eine leere Worthülse ist. Wer nur national beschränkte medizinische Krisenmaßnahmen ergreift, aber sich nicht für 20.000 von Corona bedrohte, auf der griechischen Insel Lesbos eingeschlossene und unter schlimmsten hygienischen Bedingungen lebende Geflüchtete interessiert, braucht uns nichts von Solidarität zu erzählen. Da eine Pandemie auch so nicht vor Nationalstaatsgrenzen halt macht, bedeutet nationale Abschottung darüber hinaus auch immer eine Behinderung von wirksamen internationalen Schutzmaßnahmen oder der Entwicklung eines Impfstoffes. Und nicht nur das, nationale Abschottung bedeutet auch, dass die reichen imperialistischen Länder die ärmeren Ländern mit ihren schlechter ausgestatteten Gesundheitssystemen alleine lassen

und somit eine weitere Ausbreitung der Infektionen in Kauf nehmen, solange es nicht auf dem eigenen Staatsgebiet passiert. Dabei wirkt es so, als wären die imperialistischen Länder nicht dafür verantwortlich, dass die Gesundheitssysteme in den ärmeren Ländern so schlecht ausgebaut sind. Durch Kolonialismus, Ausbeutung und erzwungene Sparmaßnahmen haben die imperialistischen Länder dem Rest der Welt jedoch die Möglichkeiten für einen adäquaten medizinischen Kampf gegen das Coronavirus genommen. Zuletzt stärkt nationale Abschottungspolitik auch immer ausgrenzende, nationalistische und rassistische Tendenzen, die ja bekanntermaßen schon vor Corona stark an Fahrtwind dazugewonnen haben.

Wir fordern stattdessen keine
Abschottung und Grenzschließungen sondern Grenzöffnungen, um auch Menschen aus anderen Ländern vor Corona retten zu können. Geflüchtete sollen wie alle anderen Einreisenden medizinisch getestet und, im Fall einer Infektion, medizinisch und sozial versorgt werden. Die Lager auf den griechischen Inseln müssen sofort aufgelöst und eine Weiterreise aufs europäische Festland gewährleistet werden. Das gilt auch für die türkisch-griechische Grenze am Fluss Evros. Wir fordern legale Fluchtwege und Einreisemöglichkeiten ebenso wie volle Staatsbürger_Innenrechte für alle!